

Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 399

Einwohnerratssitzung vom Montag, 25. Oktober 2010, 19.00 Uhr in der alten Dorfturnhalle

Anwesend	35/34 Personen des Einwohnerrates 7 Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	<i>Einwohnerräte:</i> Bruno Baumann, Dominique Häring, Eva Keller, Roland Kuny, Yvonne Meier, Christian Schäublin (nach der Pause)
Vorsitz	Dieter Stohler, Präsident
Protokoll	Joachim Maass
Weibeldienst	Martin Suter

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1.	Dringliche Interpellation der SP-Fraktion, Gert Ruder, betreffend "Informationspolitik des Gemeinderates"	2696
2.	Betriebsverein SPITEX Pratteln-Augst-Giebenach: Verlängerung Finanzvertrag	2678
3.	Teilrevision der Gemeindeordnung - 1. Lesung	2681
4.	Nachtragskredit für den Einsatz der Lichtsignalanlage Oberemattstrasse / Oberfeldstrasse	2685
5.	Stellenplan der Gemeinde Pratteln - Aufstockung um 150%	2686
6.	Bericht der GPK zum Amtsbericht 2009	2688
7.	Überarbeitung Planung Pratteln Mitte (Änderungen gegenüber öffentlicher Auflage vom 21.01. bis 19.02.2008) - 1. Lesung	2689
8.	Beantwortung Postulat der SVP-Fraktion, Philippe Doppler und Christian Schäublin, betr. „Internes Kontrollsystem IKS“	2551
9.	Beantwortung Postulat Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Christoph Zwahlen, betreffend "Entsorgung von Sperrgut und anderen Wertstoffen"	2652
10.	Motion der SVP-Fraktion, Urs Hess, betreffend "Änderung Zonenplan Siedlung"	2680
11.	Motion der SP-Fraktion, Gert Ruder und Werner Graber, betreffend "Velo-Fussgängerunterführung als Ersatz der Coop Passerelle"	2683
12.	Postulat der Unabhängigen Pratteln, Benedikt Schmidt, betreffend "Mitwirkung in der Ferienzeit"	2684

13. Postulat Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Stephan Ackermann, betreffend "Schulhausplatz den Schulkindern" 2687
14. Fragestunde (nach der Pause)

Dieter Stohler als Präsident des Einwohnerrates begrüsst zur 399 Sitzung. Im Speziellen heisst er den Gemeindeverwalter Stefan Brauchli willkommen. Für die heutige Sitzung haben sich folgende Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte entschuldigt: Bruno Baumann, Dominique Häring, Eva Keller, Roland Kuny und Yvonne Meier.

Präsenz:

Zurzeit sind 34 Personen des Einwohnerrates anwesend; das Einfache Mehr beträgt 18, das Zweidrittelmehr 23 Stimmen.

Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten Dieter Stohler:

Rücktritt aus dem Einwohnerrat von Yvonne Meier, SP: Dieter Stohler verliest ein Schreiben der Einwohnerrätin Yvonne Meier: „*Sehr geehrter Herr Einwohnerratspräsident, sehr geehrte Damen und Herren. Im vergangenen Monat habe ich erfolgreich mein Studium an der Fachhochschule für Soziale Arbeit abgeschlossen. Nun führt mich mein Weg weiter. Im August habe ich eine berufliche Herausforderung begonnen und als nächster Schritt steht die eigene Wohnung an. Der Wegzug von Pratteln nach Basel hat zur Folge, dass ich das Amt als Einwohnerrätin per Ende Oktober niederlegen werde. Auch wenn ich in den Sitzungen eher ein unscheinbarer Gast war, empfand ich die Zeit im Einwohnerrat dennoch als spannend und es werden mich viele Eindrücke, Erkenntnisse und Erfahrungen in die Zukunft begleiten. Sehr geehrte Damen und Herren, ich wünsche weiterhin gutes Gelingen und danke für die Einblicke, die ich auf kommunalpolitischer Ebene erfahren durfte. Es grüsst freundlich, Yvonne Meier*“. Damit nimmt der Rat Kenntnis vom Rücktrittsschreiben von Yvonne Meier, einen Rücktritt, den wir sehr bedauern. Heute wäre ihre letzte Einwohnerratssitzung. Yvonne Meier musste sich kurzfristig abmelden, weil sie krank geworden ist. Den Blumenstrauß werden wir daher nicht hier abgeben, sondern zu ihr nach Hause liefern. Yvonne Meier trat am 1. September 2008 in den Einwohnerrat ein und war Mitglied der Spezialkommission Polizeireglement. Ich wünsche ihr gute Gesundheit und alle Gute für die Zukunft. Gemäss Informationen der SP rückt Frau Sylvie Anderrüti-Boillat nach, die mit der Novembersitzung im Rat Einsitz nehmen wird.

Geschäft 2686: Eine neue Vorlage des Geschäftes 2686 "Stellenplan der Gemeinde Pratteln - Aufstockung um 150%" liegt auf den Plätzen auf, da sich in der Beschlussfassung ein Fehler bei den Stellenprozenten eingeschlichen hat. Alles andere ist gleich geblieben.

Eine Information der Gemeindeverwaltung: Anfang September wurde dem Einwohnerrat ein Fragebogen zum Thema Optimierung der internen und externen Kommunikation zugestellt mit der Bitte, diesen bis Anfang Oktober 2010 zu retournieren. Eine grosse Anzahl hat sich an der Umfrage beteiligt und den Bogen ausgefüllt zurückgegeben. Das weitere Vorgehen sieht wie folgt aus: 1. Die unterschiedlichen Fragebogen (Mitarbeitende, Abteilungsleitenden und Behördenmitglieder) werden nun durch das Projektteam ausgewertet. 2. Das Projektteam wird eine Beurteilung der Antworten vornehmen und daraus erste Schlüsse für die weitere Erarbeitung des Kommunikationskonzeptes ziehen. 3. Die Ergebnisse werden nach der Auswertung in geeigneter Form bekannt gegeben. Die Gemeindeverwaltung dankt allen, welche sich die Zeit für das Ausfüllen des Fragebogens genommen haben, herzlich für Ihr Engagement.

Philippe Doppler: Meine Mitteilung betrifft den Rücktritt als Präsident der RPK. Nach der Wahl zum Vizepräsidenten des Einwohnerrates ist mir klar, dass ich nicht die Geschäfte der RPK vertreten und gleichzeitig die Rednerliste führen kann. Bei einer allfälligen Wahl zum Einwohnerratspräsidenten nächstes Jahr wäre ein RPK-Präsidium sowie so nicht mehr möglich. Reglementarisch spricht nichts dagegen, aber es ist unüblich und auch kaum praktikabel. Mein Rücktrittsdatum habe ich per letzten Donnerstag gewählt (Sitzung des Einwohnerratsbüro), weil die aktuelle Budgetberatung durch die RPK ansteht und ich den Einwohnerrat informieren wollte, bevor der Bericht zum Voranschlag 2011 von neuem Präsidenten der RPK unterschrieben ist und auch um dem neuen Präsidenten der RPK die Leitung zu übergeben. Nach dem Geschäftsreglement des Einwohnerrates Punkt 3.3.2.1.1. bestimmt das Büro auf Antrag der Fraktionen die Präsidenten der ständigen Kommissionen. Der SVP-Fraktion wurde zu Beginn dieser Legislatur das Präsidium der RPK nach Absprache mit allen Fraktionen zugesprochen. Daher verbleibt das Präsidium auch nach meinem Rücktritt bei der SVP; dies hat auch das Büro des Einwohnerrates so entschieden. Von den aktuellen SVP-Mitgliedern der RPK kann Christian Schäublin das Präsidium nicht übernehmen, weil er schon in der letzten Legislatur das Präsidium inne hatte. Also verbleibt Roland Kuny und er ist mit der Übernahme des Präsidiums einverstanden und freut sich auf das Amt. So wurde anlässlich der letzten Bürositzung Roland Kuny als neuer Präsident der RPK bestimmt. Auch wenn er heute nicht anwesend sein kann, gratuliere ich ihm und wünsche ihm in seiner neuen Tätigkeit viel Erfolg und gutes Gelingen und hoffe, dass er von euch denselben Respekt erhält, der auch mit entgegen gebracht wurde. Ich werde der RPK erhalten bleiben; einfach nicht mehr als Präsident. An dieser Stelle möchte ich mich bei euch für das Vertrauen bedanken; ich habe das Amt gerne ausgeführt und trete entsprechend ungern ab, sehe aber dafür anderen Aufgaben entgegen. **Dieter Stohler** dankt Philippe Doppler für seine Arbeit als Präsident der RPK. Eine Arbeit, die über alle Parteien hinweg sehr geschätzt wurde.

Neue Mikrofone:

Dieter Stohler weist darauf hin, dass nun heute die neue Mikrofonanlage installiert ist und in Betrieb steht. Beim Rednerpult vorne ist ein An- und Abstellen nicht mehr notwendig, dieses Mikrofon ist immer angestellt.

Neue parlamentarische Vorstösse:

- Interpellation der SP-Fraktion, Bruno Baumann, betreffend "Umweltbelastung bei der ehemaligen Metallum in Pratteln" vom 15. Oktober 2010
- Interpellation Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Dominik Holenstein, betreffend "Gefährliche chemische Stoffe im dicht besiedelten Pratteln" vom 25. Oktober 2010
- Dringliche Interpellation der SP-Fraktion, Gert Ruder, betreffend "Informationspolitik des Gemeinderates" vom 25. Oktober 2010

Geschäftsverzeichnis:

Zuerst, noch vor Traktandum 1, soll über die Interpellation von Gert Ruder bzw. die Dringlichkeit, beraten und abgestimmt werden. Falls die Dringlichkeit bejaht wird, würde die Interpellation gerade behandelt. Es gibt zum Geschäftsverzeichnis keine weiteren Bemerkungen.

Beschlüsse

Dringliche Interpellation der SP-Fraktion, Gert Ruder, betreffend "Informationspolitik des Gemeinderates"

Aktenhinweis:

- Dringliche Interpellation der SP-Fraktion, Gert Ruder, betreffend "Informationspolitik des Gemeinderates" vom 25. Oktober 2010

Diskussion zur Dringlichkeit:

Gert Ruder: Leider stimmt etwas nicht, was ich zu Beginn der Interpellation schreibe, nämlich, dass aus unerfindlichen Gründen die Fragen von Werner Graber nicht vorliegen. Bei anderen Gelegenheiten, wenn Mitglieder des Rates etwas eingegeben haben, war es entweder im Versand oder ist im Rat aufgelegt. Leider ist das heute nicht der Fall. Die Fragen von Werner Graber stehen in direktem Zusammenhang mit meiner Interpellation und deshalb weise ich auch darauf hin und in direktem Zusammenhang mit der Interpellation steht auch der Zeitungsartikel, der heute in der Basler Zeitung stand. Ich bitte sie nun, der Dringlichkeit zuzustimmen und damit den Gemeinderat aufzufordern, bereits heute und umgehend die Fragen der Interpellation zu beantworten. Stimmen sie daher der Dringlichkeit zu.

Abstimmung zur Dringlichkeit:

Für die Bejahung der Dringlichkeit ist eine Zweidrittelmehrheit notwendig.

://: Der Rat stimmt mit zwei Drittel-Mehrheit der Dringlichkeit zu.

Behandlung der dringlichen Interpellation:

GP Beat Stingelin: Die vorliegenden Fragen bewegen Alle und nicht nur diese Fragen; es sind viele mehr. Zur Frage „Gibt es einen Gemeinderatsbeschluss zur Informationspolitik in Sachen neue Bahnprojekte in Pratteln, wenn JA, wann wurde er gefasst? Wenn NEIN, wie gedenkt der Gemeinderat mit der Tatsache umzugehen, dass offensichtlich aus seiner Ratsstube geplaudert wird? Es ist ein Gemeinderatsbeschluss vorhanden, der aber nicht die Politik der Diskussion oder ob es nach Aussen soll oder nicht, enthält, sondern das, was wir beschlossen haben. Wir haben ein Schreiben beschlossen, dass an die SBB und den Regierungsrat gegangen ist. Der Gemeinderat hat vor einigen Wochen die Pläne zum ersten Mal gesehen und die ganze Planung der SBB als nicht akzeptabel abgelehnt. Ich muss hier etwas ausholen, damit die Zusammenhänge klar sind. Wir wurden von 5 – 6 Meter langen Plänen und einigen Leuten der SBB überrascht. Wir hatten nicht einmal Platz im Gemeinderatszimmer um die Pläne aufzuhängen, so gross waren diese und wir haben die Pläne kopfschüttelnd angeschaut und festgestellt, dies ist ja nicht möglich. Es wurden Fragen zu den jetzt laufenden Projekten gestellt, zu Sachen, die nun fertig gestellt sind wie der Ausgang Nord und wir haben zu den Plänen der SBB gefunden „Dies kann es nicht sein“. Wir machen einen neuen Ausgang, die SBB bezahlen daran CHF 30'000 und alles Andere hat sie nicht interessiert und dieselben Leute kamen und legten uns diese Pläne vor. Vorgängig wurden diese Pläne der Gemeinde Muttenz gezeigt, vorher liess sich ein Termin nicht finden. Dies zur Geschichte. Wir haben ein Schreiben verfasst, dass SBB und Regierungsrat zugestellt wurde. In diesem Schreiben steht ganz klar, dass der Gemeinderat gegen jeglichen Ausbau ist; wir haben

gesagt, geht unten durch oder macht sonst etwas, aber sicher nicht so, wie uns gezeigt wurde. Bei der Zehntenstrasse wären noch 2 Geleise zusätzlich, bei Coop wäre die Hälfte von Coop verschwunden Richtung Rheinfelden, also etwas Irrsinniges. Weiter eine Überwerfung in der Höhe von Aquabasilea und beim alten Stellwerk kommt man wieder herunter. Meine Frage war denn: Macht man beim Aquabasilea einen noch höheren Sicherheitsring, denn wenn man mit den Zügen höher hinaufgeht, müsste auch der Sicherheitsring höher sein. Diese Fragen blieben unbeantwortet; das haben wir auch gar nicht erwartet. Wir wurden also vor Tatsachen gestellt „Friss oder Stirb“. Wir werden es nicht „fressen“ und auch nicht sterben. Ich bin froh, dass hierin der Dringlichkeit einstimmig zugestimmt wurde. Dieses Thema ist für mich nichts Politisches. Es soll sich nicht eine Partei auf die Fahne schreiben und sagen, wir sind die Besten und schauen am meisten. Dies ist ein Problem der ganzen Gemeinde und ich erwarte von Allen, dass zusammengespannt und etwas zusammen unternommen wird, wie es der Gemeinderat bereits getan hat. Dies ist mein Appell an euch. Es kann nicht sein, dass man nun Gräben aufmacht und sagt, dieses Thema müssen wir oder wir besetzen. Jetzt muss Pratteln über alle politischen Grenzen hinweg zusammenstehen und sich dagegen wehren. Das haben unsere Nachbarn auf der anderen Seite des Rheines mit dem Bypass schon vor Jahren gemacht und ihn abgewürgt. Dazumal hat die Baselbieter Regierung etwas lange geschlafen und wollte oder konnte dies nicht wahrhaben. Jetzt müssen wir auf die Hinterbeine stehen. Ihr müsst vorstellen, in was für einer Verfassung Felix Knöpfel war. Er hatte wirklich eine Wut im Bauch und wenn dann die Presse kommt, muss er Dampf ablassen. Ich verstehe dies und dass nicht Alles nach dem Strichlein abgelaufen ist, gebe ich euch Recht. Aber es musste heraus und dies zeigt, Felix Knöpfel kämpft schon seit Jahren gegen den Eisenbahnlärm, sodass er nun hier reagiert hat. Man hätte sagen können, man hätte heute Abend abwarten müssen, aber er ist ungeduldig und es musste heraus. Es gibt eine offizielle Haltung, die im Schreiben an Kanton und SBB enthalten ist und diese ist ganz klar ablehnend für Alles. Wir haben nirgends auch nur eine Hand geboten und gesagt, man könne die ganze Planung für Pratteln nicht akzeptieren und aufgefordert, mit grundlegend anderen Gedanken wieder zu kommen. Sonst müssen sie gar nicht wieder kommen. Wir haben gefordert, dass die Bahn unterirdisch verläuft und sie haben uns darauf ausgelacht, es sei unmöglich. Es ist alles möglich, wenn man will. Wer sagt uns, dass in 20, 30 oder 50 Jahren noch alles gleich ist. Vielleicht ist dann ja über dem Trasseee eine Schwebebahn im Viertelstundentakt -wer weiss, was hier noch alles kommt. Man muss etwas anders denken als die SBB, die Strassen wegnehmen und Häuser abreißen. Sie haben etwas gezeichnet und dann einige Leute zu uns geschickt. Die offizielle Haltung ist ganz klar: Der Gemeinderat will es nicht und ich hoffe, ihr und die Bevölkerung wollt es auch nicht und dies müssen wir zum Ausdruck bringen. *„Wie gedenkt der Gemeinderat die Bevölkerung über die in Pratteln anstehenden Bahnprojekte zu informieren?“*. Diese Zeit kommt. Im Moment können wir nicht mehr orientieren als sagen „Wir wollen dies nicht“. Details haben wir auch nicht gesehen. Wir haben nur die groben Pläne gesehen. Ein Gemeinderat muss in einer halben Stunde so etwas Einschneidendes anschauen - das ist nicht seriös und darum haben wir es auch abgelehnt. Wenn die SBB etwas will, muss sie hierher kommen, eine öffentliche Veranstaltung machen, Pläne auflegen und ich hoffe, dass dann die Dorfturnhalle nicht ausreicht und wir noch, weil so viele Leute kommen, beim KUSPO anbauen müssen. Dies ist der korrekte Weg in die Öffentlichkeit. In dem Sinn kann man jetzt sagen, es ist unglücklich gelaufen, dass Felix Knöpfel Dampf abgelassen hat, aber ich kann es nachvollziehen und verstehe es. Ich hoffe, dass ihr nun nicht jedes Wort auf die Waagschale legt und nicht für eine Partei oder Fraktion einen Vorteil herausschlagen wollt, sondern so handeln, wie ich es zu Beginn gesagt habe. Wir müssen hierin zusammenstehen. Die SBB sollen zu uns kommen und Parteipolitik sollte dann keine Rolle spielen und Alle gegen die Planung sein, wie sie uns gezeigt wurde.

Abstimmung über Diskussion:

://: Der Rat beschliesst auf Antrag von Gert Ruder einstimmig Diskussion.

Gert Ruder: Ich bedanke mich beim Gemeindepräsidenten für die spontane Antwort und natürlich bei euch allen für die Zustimmung zur Dringlichkeit. Es ist einigermaßen beruhigend, dass wenigstens ein Gemeinderatsbeschluss vorliegt. Allerdings ist es kein Beschluss, wie der Gemeinderat mit der Information bei solchen Projekten umgehen sollte. Wenn Jemand genug hat, wie der Gemeindepräsident gesagt hat, kann er aus der Ratsstube plaudern, wie er will. *Wie gedenkt der Gemeinderat mit der Tatsache umzugehen, dass offensichtlich aus seiner Amtsstube geplaudert wird?* Diese Frage ist noch nicht beantwortet. Ich kann nachvollziehen, dass der Gemeinderat der Meinung ist, dass nun gemeinsam und als ganzes Pratteln vorgegangen werden muss gegen die Arroganz, die offensichtlich die SBB im Raum Pratteln an den Tag legt; wie es in der anderen Schweiz ist, weiss ich nicht. Frage Nummer 3: *Was gedenkt der Gemeinderat zu tun, damit sich in Zukunft Fragen stellende Einwohnerräte nicht wie heute vom Gemeinderat desavouiert fühlen müssen?* wurde auch nicht beantwortet. Eine offizielle Haltung gibt es offenbar in einem Schreiben an die SBB, der Bevölkerung und dem Rat wurde diese offizielle Haltung vorenthalten und die Frage *Wann gedenkt der Gemeinderat den Einwohnerrat und die Bevölkerung zu informieren?* wird vage auf eine öffentliche Veranstaltung verwiesen und der Gemeindepräsident hofft, dass das KUSPO ganz voll wird. Ich bin enttäuscht vom Gemeinderat, dass ein Mitglied des Gemeinderates so ausschert und genau das macht, was der Gemeindepräsident nicht wünscht, nämlich aus persönlicher „Geltungssucht“ ein Stück sich abschneiden wollen. Es ist nicht fair dem Rat gegenüber und auch der Bevölkerung. Ich bitte den Gemeinderat, die noch ausstehenden Fragen zu beantworten.

GR Felix Knöpfel: Ich möchte eine Erklärung abgeben, damit hierin verstanden wird, wie es gelaufen ist. Herr Gyr, der auch hier im Saal anwesend ist, hat am letzten Montag angerufen und gesagt, er wisse, dass in Pratteln betreffend Verwerfungsbauten etwas los sei. Ich habe gefragt „Woher wissen sie das?“ und er hat gesagt, das müssen sie einen Journalisten nicht fragen, und wenn, gibt er keine Antwort. Es ist klar, am letzten Montag hat auch schon Werner Graber gewusst, was gelaufen ist. Wir haben den Brief am vorletzten Dienstag im Gemeinderat absegnen lassen. Der Brief wurde SBB, Kanton und der Gemeinde Muttenz zugestellt. Es sind also genügend Löcher vorhanden, damit die Information nach Aussen kann. Am Dienstag habe ich den Gemeinderat informiert, dass mich Herr Gyr angefragt und ich ihm Auskunft gegeben habe über das, was im Brief steht, der an die SBB gegangen ist. Ich habe dann am letzten Donnerstag an der Herbstversammlung der FDP orientiert, dass diese Problematik kommen würde, vorauf an der Sitzung selber klar wurde, dass wir kämpfen und etwas machen müssen. Darum kamen auch heute Pressemitteilungen und teilweise Interviews im Radio. Ich weiss jetzt nicht, was im BAZ-Bericht steht, ich habe sie nicht abonniert. Darum kann ich nicht alles beantworten. Die Fragen von Werner Graber lagen erst am Dienstag auf meinem Pult und ich konnte Herrn Gyr am Dienstagmorgen nicht bekannt geben, was Werner Graber fragt. Dies ist jetzt ähnlich wie das, was Herr Gyr gefragt hat und diese Fragen werden in der Fragestunde noch beantwortet. Dass das Blatt mit den Fragen nicht hier ist, bin ich nicht verantwortlich. Die Fragen sollten vorliegen, denn sie werden ja nach der Pause beantwortet. Das ist keine Desavouierung eines Mitgliedes des Einwohnerrates. Im Gegenteil, es wäre wahrscheinlich schlimmer gewesen, wenn ich dem Journalist gesagt hätte „Wir wissen noch Nichts, es ist noch nichts passiert“ und dabei haben wir schon Briefe von Seiten des Gemeinderates verschickt. Jeder, der mich kennt, weiss, dass ich seit genau 6 Jahren kommen sehe, was läuft. Man muss ja nur 1 und 2 zusammenzählen und sieht, dass das in Pratteln nicht mehr akzeptiert wird. Das ist völlig unmöglich, dass wir den Verkehr, der über den Gotthard soll, in Pratteln durchschleusen. Man hat mir damals zu wenig geglaubt und gelacht und gesagt Jaja, das sehen wir dann. Heute wissen wir, dass Pratteln im Bereich des Bahntrassees praktisch lahmgelegt würde. Stellt euch vor, dass die Zehntenstrasse nur noch 4m breit ist, das kann nicht sein. Statt nun herumzustochern und mich auch noch zu desavouieren, würde ich sagen, darum zu kämpfen, dass Pratteln nicht unter den Zug kommt. Gert Ruder, bist du mit der Beantwortung der dritten Frage soweit glücklich? Die Fragen von Werner Graber werden noch alle nach der Pause beantwortet.

Kurt Lanz: Ich verstehe den Gemeinderat und trotzdem sind bei mir immer noch Fragen offen. Wann genau hat der Gemeinderat den Brief an die SBB geschickt? Weiter müsste man wissen, was das Grosse und Ganze ist, von dem der Gemeinderat geredet hat und wir es nur ganz grob wissen. Wir haben früher abgemacht, dass die Fragen auch für die Zuhörerinnen und Zuhörer vorliegen und die Fragen von Werner Graber liegen nicht auf dem Tisch, weder hier noch dort. Ist das Büro hier in Verzug gekommen oder wo liegt sonst das Problem?

Dieter Stohler: Das Büro des Einwohnerrates hat die Fragen von der Gemeindeverwaltung am letzten Donnerstag erhalten und beim Sekretariat ist ein Fehler passiert, dass sie in kopierter Form nicht vorliegen. Die Fragen werden in der Pause kopiert und dann liegen sie zur Fragenbeantwortung nach der Pause vor. Eine Information im Voraus: Es sind Fragen von Werner Graber, SP, eingegangen mit dem Titel „Pratteln 21, Bahnhof Pratteln – Was kommt auf uns zu?“ Also Fragen, die bereits schon jetzt angesprochen wurden. Wir kommen nach der Pause darauf zurück.

GP Beat Stingelin: Ich wusste nicht, dass ihr die Fragen nicht habt. Dass sie nicht da sind, habe ich erst jetzt bemerkt. Der Gemeinderat hat diese Fragen und jetzt verstehe ich auch den Unmut, warum nichts auf dem Tisch ist. Es ist ein Fehler des Sekretariates und sehr schlecht. Um mehr zu wissen, wie Kurt Lanz angetönt hat: Wir sind froh, dass wir überhaupt auf einen Schnittmusterplan der SBB blicken durften. Mehr haben wir nicht erhalten und nachher noch 6 Blätter im Format A4 mit einigen Bildern, auf denen ein Bogen eingezeichnet ist. Aber Details haben sie uns nicht ausgehändigt. Wir wollten die Pläne und Dieter Härdi wollte sie zur Beantwortung dieser Fragen und er hatte überhaupt Mühe, die Pläne einzusehen, um eine Antwort zu geben. Wir sind hier wirklich stiefmütterlich behandelt worden. Wir wurden fast von den SBB hintergangen. Es ist wie ein Strickmuster und wenn man nicht Pläne lesen kann, versteht man nicht einmal, was auf den Plänen enthalten ist. Und plötzlich sieht man, dass von einem Gebäude Ecken fehlen und wenn man fragt „Was ist denn das?“ ist die Antwort „Dort kommt ein Gleis hin“. Es hat nicht viel gebracht und die SBB haben die Pläne auch nicht herausgegeben. Darum können wir auch nicht mehr Auskunft geben und zu den A4-Blättern muss ich sagen, dass der Gemeinderat x Dokumente hat, die der Einwohnerrat nicht sieht und dies ist auch gut so. Es ist auch Aufgabe des Gemeinderates, dass er dem Einwohnerrat nicht Alles vorlegt, sondern erst wenn es spruchreif ist. Jetzt ist es ein Schreiben und es ist nicht Usus, dass jedes Schreiben der Bevölkerung verteilt. Gemeinderatssitzungen sind nicht öffentlich aber diejenigen Personen des Einwohnerrates, die dies sehen müssen, können diese Dokumente einsehen. Und weil die Gemeinderatssitzungen nicht öffentlich sind, werden diese Dokumente auch nicht verteilt. Wir sind vehement gegen alle Pläne der SBB, den Ausbau dort zu betreiben. Das Gert Ruder dies nicht so toll gefunden hat, kann ich gut nachvollziehen, aber es muss sich jeder in die Situation denken: Es ruft jemand an und bohrt. Wir haben uns natürlich auch gefragt, woher kommt die Information für die Fragestunde? Wir wissen ja nicht, von wem. Darum denke ich, dass man etwas Nachsicht hat und wenn es einen vermeintlichen Fehler in der ganzen Kommunikation gehabt hat. Für uns war es schwierig, dies zu kommunizieren, weil wir abwarten wollten, was uns die SBB zurück schreiben, falls etwas zurückkommt. Nun ist der Schuss jetzt draussen und ich hoffe, dass Felix Knöpfel die Fragen in ablehnender Haltung beantwortet hat.

Stefan Löw: Zum neuen Mikrofon. Ich höre die Worte ziemlich schlecht und wie ist es bei den Zuschauern? Es wäre schön, wenn ihr eine Anleitung für die Mikrofone erhaltet, damit ihr allenfalls eine Korrektur auf die nächste Sitzung vornehmen könnt. Das Medienkommuniqué der FDP liegt auf dem Tisch und dieses kam bereits heute in den Medien, vor allem im Radio, zur Sprache. Ausgelöst wurde dies durch die letzte Mitgliederversammlung, wie bereits von Felix Knöpfel erwähnt und aufgezeigt, dass mehr Geleise erforderlich sind. Dies war auch schon vorher im Gespräch und Ausbauabsichten waren bekannt. Der Entscheid ist gefallen, als man gesagt hat, man müsse es bereits im Keim, also von Anfang an, probieren zu ersticken, damit die Ausbaupläne nicht in eine zu gros-

se Euphorie gelangen. Und dies hat die FDP veranlasst, möglichst schnell aktiv zu werden. Dies liegt auch im Sinn von Pratteln und den anderen politischen Parteien. Es soll sofort ein Riegel geschoben und Druck auf die SBB ausgeübt werden, dass sie das Projekt ernsthaft überdenkt. Für Pratteln ist der Ausbau ein spezifisches Problem. In Muttenz ist es viel harmloser, weil dort der Bahnhof weiter weg ist und es genügend Platz hat und in Pratteln ist es wie ein Kanal, der durchs ganze Dorf geht und eine untragbare Lösung vorgeschlagen wurde. Wir müssen dieses Problem auch in Pratteln intern behandeln und eine Volksinitiative durchziehen und die Unterschriften sammeln. Ich nehme an, dass es einfach sein wird, 1'500 bzw. 1'800 Unterschriften, damit es sicher genug sind, schnell zusammen zu bringen und dem Kanton und Bund einzureichen. Ich danke schon im Voraus für eure Unterstützung.

GR Rolf Wehrli: Ich habe auf Grund meiner Erfahrungen in den letzten Jahren den Eindruck, dass manchmal bei den SBB die linke Hand nicht weiss, was die rechte tut. Wir haben einen neuen, einstöckigen Bahnhof in Pratteln. Der Quartierplan hätte einen dreistöckigen Bahnhof zugelassen. Wir hatten x Verhandlungen mit den SBB und gefragt „Warum macht ihr den Bahnhof nur einstöckig?“ Wir waren damals schon verwundert und nun verwundert es mich nicht, warum man seinerzeit bei den Verhandlungen von einem dreistöckigen auf einen einstöckigen Bahnhof ging. Was ich auch nicht verstehe: Wir planen einen Ausgang Pratteln Nord im Zusammenhang mit dem Bahnhofplatz, haben sogar einen Wettbewerb gemacht. Ausgang Nord wurde grosszügig gestaltet mit der Erweiterung der Unterführung und im Zusammenhang mit dieser Planung, die SBB waren informiert, haben sie uns nichts gesagt. Das ist nicht die Art des feinen Mannes und das stört mich an der ganzen Geschichte. Wie weit der Kanton etwas von diesen Planungen wusste, weiss ich nicht. Die SBB haben uns nie über die Planungen informiert und kommt nun kurzfristig und erwartet innerhalb einigen Wochen kurzfristig eine Stellungnahme zu so etwas grossem, was uns am Lebensnerv trifft.

Benedikt Schmidt: Ich verstehe, dass man sauer wird, wenn ein Projekt vorgelegt wird, das man nicht goutiert. Dies passiert uns auch. Ich verstehe auch, dass Fragen beantwortet werden. Und ich verstehe auch, dass Nachfragen von der BAZ oder Stefan Gyr beantwortet werden; dies scheint mir normal. Mich stören 2 Sachen. Erstens: Der Gemeindepräsident sagt „Wir müssen hier zusammenstehen“ und gleichzeitig fährt einer der Gemeinderäte einen Sonderzug und leitet dies auf die Mühlen der eigenen Partei. Ist dies Zusammenstehen? Für mich nicht. Zweitens: Es heisst, man wisse noch nicht genau, was hier passiert und gleichzeitig, wenn man das Medienkommuniqué der FDP liest, erfährt man die Anzahl der Geleise und es ist auch schon bekannt, dass die Kadenz der Zugsdurchfahrten verdoppelt wird. Offensichtlich ist sehr viel mehr Information da, die man auch nach mehrfachem Nachfragen nicht herausrücken will. Dies alles finde ich sehr, sehr unsauber.

Gert Ruder: Ich bin froh um die Worte von Benedikt Schmidt, weil ich dachte, ich müsse hier noch intervenieren. Wenn schon der Ratspräsident, er ist etwas befangen, diese Veranstaltung fast zu einer FDP-Wahlveranstaltung verkommen lässt, möchte ich doch noch etwas wissen bzw. Feststellungen machen. Man wisse nichts vom Kanton. Es mag sein, dass sich nicht alle Leute den kantonalen Richtplan angeschaut haben. Es steht sehr Vieles nicht im Richtplan; es steht aber auch darin beispielsweise von der Überwerfung in Pratteln. Es steht nicht darin wo und wann. Auch mir erscheint es seltsam, wenn uns der Gemeinderat Informationen vorenthält, und dann Einzelne aus der Ratsstube plaudern. Das ist nicht die Art des feinen Mannes und da kann es Felix Knöpfel noch oft „den Nuggi herausjagen“. Es ist nicht fair und vermutlich wäre es viel einfacher gewesen, die Fragenbeantwortung abzuwarten und dann einen gemeinsamen Aufruf zu machen, dass man nun als Parlament und als Exekutive etwa gemeinsam unternehmen muss. Immer noch nicht beantwortet ist, was der Gemeinderat gedenkt zu tun, wenn aus seiner Ratsstube geplaudert wird, vermutlich will er Nichts machen und es ist immer noch nicht beantwortet, was der Gemeinderat zu tun gedenkt, damit in Zukunft fragestellende Ein-

wohnerräte nicht so hingestellt werden wie heute. Diese Fragen könnt ihr offen stehen lassen; von mir aus ist dies keine schöne Situation.

Dieter Stohler: Zu Händen des Interpellanten möchte ich sagen, dass ich mich absolut nicht befangen in diesem Geschäft fühle. Ich bin nicht beteiligt an der Erarbeitung

://: Die dringliche Interpellation ist beantwortet.

Präsenz: Neu sind 35 Personen des Einwohnerrates anwesend; das Einfache Mehr beträgt 18, das Zweidrittelmehr 24 Stimmen.

Geschäft Nr. 2678

Betriebsverein SPITEX Pratteln-Augst-Giebenach: Verlängerung Finanzvertrag

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 5. Oktober 2010

GR Max Hippenmeyer: Alles Wichtige steht in der Vorlage. Spitex ist eine Aufgabe der Gemeinde und für uns nimmt diese Aufgabe der Betriebsverein Spitex Pratteln-Augst-Giebenach wahr. Bei dieser Gelegenheit möchte ich der Spitex für den tadellosen Job danken, den sie machen. Der Finanzvertrag läuft Ende Jahr aus und weil auch sie Geld haben müssen, muss er verlängert werden. Bekanntlich ist als Folge der neuen Regelungen der Pflegefinanzierung noch Einiges unklar. Konkret geht es darum, wer wieviel von den restlichen 20% der Pflegekosten zahlen soll. Darum ist es sinnvoll, den bisherigen Vertrag nur um 1 Jahr zu verlängern und zwar zu den bisherigen Bedingungen. Dies ist mit dem Betriebsverein der Spitex so abgesprochen. Daher bitte ich euch, auf das Geschäft einzutreten und den Vertrag so zu genehmigen, wie er hier vorliegt.

Das Büro beantragt Eintreten und Direktberatung:

Es gibt keine Voten zum Eintreten und es folgt die Direktberatung:

Dominik Hostenstein: Wir haben die Vorlage ausführlich geprüft und mit befremden festgestellt, dass der Gemeinderat bei der Finanzierung der Spitex massiv sparen will. Wir stehen hinter der Vertragsverlängerung und sehen ja klar, dass Spitex auf Grund des Bedarfes aufstocken muss -es sind ältere Leute, die diese Dienstleistungen beanspruchen, die auch sehr effizient erbracht werden- und diese Stellenaufstockung ist mit der vorliegenden Finanzierung nicht abgedeckt. Wir wissen, dass die Pflegefinanzierung noch auf wackeligen Füßen steht, weil die jetzt in den Landrat gelangende Vorlage noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird und es vielleicht eine Volksabstimmung darüber gibt. Der Zeithorizont von 2011 ist eher unwahrscheinlich. Wir müssen davon ausgehen, dass es eine längere Überbrückungsphase geben wird, in der auch die Finanzierung der Spitex gewährleistet sein muss. Wenn man nun sieht, welche Betriebsmittel der Pflegeverein benötigt, so ist wichtig, dass diese Mittel auch gesprochen werden. Es gibt eine Leistungsvereinbarung mit dem Kanton und was ich nicht begreife ist, dass der Gemeinderat -ich weiss nicht wie die Verhandlungen mit den Spitexverantwortlichen gelaufen sind- beim alten Stand der Finanzierung geblieben ist, obwohl das Personal dort aufgestockt wurde. Wir werden dies nachher noch bei der Sozialbehörde diskutieren, wo ebenfalls eine Personalaufstockung stattfindet und bei der Spitex ist dies ebenfalls so, aber die Kosten werden nicht entsprechend abgedeckt. Wir fragen uns, warum die Gemeinde ausgerechnet bei ihrem grossen, ausgewiesenen Gewinn, für uns auf dem Bu-

ckel einer wertvollen sozialen Institution sparen will. Vielleicht wollte man bewusst in Kauf nehmen, wenn das Geld einmal nicht vorhanden ist, dass dann gewisse Leistungen nicht mehr angeboten werden können oder neue Pflegesituationen abgelehnt werden müssen. Klar schreibt der Gemeinderat, dass man ein Darlehen beantragen kann, aber ich frage mich, wie eine Non-Profit-Organisation das Darlehen je zurückzahlen kann. Es ist keine Firma, die Gewinn macht und Schulden begleichen kann oder Investitionen vornimmt. Ich finde es komisch, wenn man die doch bescheidenen Eigenmittel von CHF 300'000 abbauen will. Bei einem Liquiditätsengpass sollten ja die Löhne garantiert sein. Auch bei einem Branchenvergleich steht Spitex Pratteln-Augst-Giebenach sehr gut da. Sie erbringen ihre Leistungen sehr effizient und mit einem sehr tiefen Beitrag pro Person in den Gemeinden und uns scheint es komisch, dass man nun mit dieser nicht ausreichenden Finanzierungsvorlage weiterfahren will. Aus diesem Grund beantragen wir dem Einwohnerrat eine Aufstockung des Finanzbetrages um CHF 200'000, was der Aufstockung um 2 Vollzeitstellen entspricht, die Spitex im pflegerischen Bereich vornehmen musste. Wir beantragen konkret eine Aufstockung auf CHF 1.18 Mio. damit die gute und wertvolle Dienstleistung auch in Zukunft weiter geführt werden kann.

Karin Hess: Die SVP-Fraktion empfindet diese Übergangslösung als sinnvoll und wird dieser Vorlage so zustimmen. Der Gemeinderat wird aber bezüglich Geldeinschuss beim Wort genommen und falls Liquiditätsengpässe auftauchen, wird der Gemeinderat einen Zuschuss geben. Spitex soll weiterhin schlagkräftig bleiben und wir denken, dass es langjährig eine günstige Lösung in der Pflege sein wird.

Daniela Berger: Aus die SP unterstützt diesen Antrag. Wir sind der Meinung, es handle sich um eine gute Zwischenlösung für die Zeit, bis der Kanton seine Aufgaben gemacht hat, sprich, wenn dann klar ist, wer die restlichen 20% Pflegekosten übernimmt. Gleichzeitig stellen wir fest, dass es eher eine wohlwollende Haltung der Spitex gegenüber der Gemeinde ist, damit man vielleicht auch zukünftig ein gutes Verhandlungspotential hat. Wie das mit dem Darlehen bzw. dessen Verrechnung funktionieren soll, habe ich mir persönlich vorgestellt, dass man es auch in einem späteren Vertrag wieder ausgeglichen bzw. verrechnen könnte. Jedenfalls sind wir froh um die Spitex, die ja allgemein als eine tolle Organisation angeschaut wird und sind froh, dass sie bereit sind, mit diesen Prämissen den Vertrag zu verlängern.

Mario Puppato: Wir alle stehen hinter der Spitex und finden, sie machen eine super Arbeit. Was von den Grünen und Unabhängigen gekommen ist, dass sie zweifeln, ob eine Zwischenlösung sinnvoll ist, haben wir ebenfalls diskutiert und gesagt, wir erwarten innert nützlicher Frist, dass die Eckdaten vorhanden sind. Die verantwortlichen Leiter bzw. Leiterinnen haben gesagt „Ja wir können damit leben“ und deswegen sagen wir, dass wir voll hinter dieser Übergangslösung stehen und wenn es einen Notfall gäbe, würden wir der Spitex helfen. Spitex ist unbestritten eine der besten Organisationen in sozialer Hinsicht. Wir stehen voll hinter der Übergangslösung und werden, falls es darauf ankommt, nachher dafür sein, dass Spitex das Geld erhält, dass sie wirklich benötigt.

GR Max Hippenmeyer: Ich möchte kurz auf den Antrag der Unabhängigen und Grünen bzw. von Dominik Hostenstein eingehen. Spitex ist eine Organisation, ein Verein, man hätte auch eine Aktiengesellschaft machen könne, aber dann wären keine Bundessubventionen geflossen. Spitex ist finanziellen Zwängen unterworfen wie jede andere Firma auch und diese Firma erfüllt ihren Job im Auftrag der Gemeinde. Spitex hat heute ein Eigenkapital von über CHF 500'000, dass früher beträchtlich kleiner war. Das Eigenkapital hat sich, da in den letzten Jahren immer gute Abschlüsse erzielt wurden, stetig erhöht. Der Gemeinderat war nun der Meinung, das reicht, um über die Runden zu kommen und wenn das Eigenkapital um CHF 100'000 abgebaut werden muss, geht die Welt nicht unter. Darum ist auch der Passus enthalten, dass, falls die Gesetze ändern, man mit einem kurzfristigen Darlehen einspringen kann. Das Darlehen hat den Sinn, eventuelle Liquiditätsengpässe bis zum nächsten Finanzvertrag zu überbrücken. Falls dies rapide abnehmen sollte, könnte ich mir auch eine Vorlage hierin vorstellen, in der es

heisst, man müsste Spitex einmalig mit einem bestimmten Frankenbetrag unterstützen. Deswegen muss man den Finanzvertrag nicht unnötigerweise um CHF 200'000 aufstocken. Dies wurde eingehend mit der Leitung und dem Betriebsverein der Spitex besprochen und hat überhaupt nichts damit zu tun, dass die Gemeinde sparen will oder nicht. Es ist nicht einzusehen, warum die Gemeinde Geld zu einer Institution verschiebt, wenn keine Notwendigkeit dazu besteht. Und falls die Pflegefinanzierung bis Ende nächsten Jahres immer noch nicht gelöst ist, wird der Vertrag noch mal um 1 Jahr verlängert.

Abstimmung über den Antrag von Dominik Holenstein:

Der Rat beschliesst mit 13 Ja zu 21 Nein bei 1 Enthaltung:

://: Der Antrag von Dominik Holenstein, Unabhängige Pratteln, zur Erhöhung des jährlichen Pauschalbeitrages auf CHF 1'180'000.- wird abgelehnt.

Schlussabstimmung:

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Der Finanzvertrag mit dem Betriebsverein SPITEX wird bewilligt. Der jährliche Pauschalbetrag wird auf CHF 980'000.- festgelegt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: **29. November 2010.**

Geschäft Nr. 2681

Teilrevision der Gemeindeordnung - 1. Lesung

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 30. September 2010

GP Beat Stingelin: Es geht darum, den Finanzplan nicht mehr zur Genehmigung, sondern zur Kenntnisnahme vorzulegen. Wir sind die einzige Gemeinde im ganzen Kanton, die den Finanzplan genehmigen lässt; die anderen Gemeinden nehmen in zur Kenntnis. Wir hatten hier drin immer lange Diskussionen und ihr habt selber gemerkt, es war eine Diskussion, die schlussendlich nicht viel gebracht hat und auch die RPK hat darauf hingewiesen, den Finanzplan zur Kenntnis zu nehmen und ich hoffe, dass die Änderung in der 1. Lesung genehmigt wird. Falls ein Inhalt vorhanden ist, der euch überhaupt nicht passt, lässt sich dies einbringen. Ich glaube, es ist nicht weltbewegend, man kann es aber weltbewegend machen.

Das Büro empfiehlt Eintreten und Direktberatung:

Es gibt zum Eintreten keine Voten und es folgt die Detailberatung:

Mauro Pavan: Von Seiten des Gemeinderates und des Einwohnerrates haben wir schon öfter gehört, der Finanzplan sei ein Arbeitspapier und nicht verpflichtend. Die Diskussionen waren lang und haben trotzdem nichts gebracht. Meiner Meinung nach ist es drum eine Farce, dass der Einwohnerrat den Finanzplan genehmigen muss und die Änderung

der Gemeindeordnung die logische Konsequenz. Die Mehrheit der SP-Fraktion wird daher zustimmen.

Christian Schäublin: Die SVP-Fraktion ist grundsätzlich mit dieser Änderung einverstanden. Wie bereits gesagt, hat die RPK dies schon mehrmals moniert und festgestellt, dass der Finanzplan ein wichtiges Führungsinstrument für den Gemeinderat, die Gemeinde und die Gemeindefinanzen ist. Was wir uns fragen ist, ob diese Änderung so dringend ist. Schliesslich braucht es dazu eine Volksabstimmung. Wird der Finanzplan besser deswegen? Vorlegen muss man den Finanzplan trotzdem und es wäre nicht ein Geschäft höchster Dringlichkeit. Wie sieht es aus mit anderen Finanzfragen? Wir wissen, dass der Kanton nun auf HRM2 umstellt; dies ist die neue Rechnungslegungsempfehlung der Finanzdirektorenkonferenz. Beim Kanton ist sie bereits umgesetzt und für die Gemeinden ist sie vorgesehen bis 2012. Ist dies bereits berücksichtigt oder könnte es sein, dass von dort noch etwas kommt? Weiter sind in der Vorlage noch 2 weitere Paragraphen enthalten. Wir wissen nicht, was dies bedeutet. Der eine Punkt ist „Der Voranschlag eine Ausgabe nicht vorsieht, für welche dieser Rechtsgrundlage sein muss“. Wo ist der Voranschlag denn nicht Rechtsgrundlage, was heisst das „Rechtsgrundlage sein muss“? Was ist das Gegenteil, wenn der Voranschlag nicht Rechtsgrundlage ist? Auch bei §7, der geändert wird: Was ist eine „gemeinsame Behörde“, was versteht man darunter und was bedeutet es? Hier kann man noch weitere Informationen geben.

Martina Häring: Die FDP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für diese Vorlage. Der Finanzplan zeigt die Leitlinien auf, wie der Gemeinderat zu planen und die Verwaltung zu führen denkt. Daher ist es folgerichtig, dass der Finanzplan den Einwohnerrat zur Kenntnis und nicht zur Genehmigung vorgelegt wird. Wir sind daher für Genehmigung dieser Vorlage.

Stephan Ackermann: Ich habe zur Kenntnis genommen, was vorher gesagt wurde; ich genehmige es nicht. Es dreht sich hauptsächlich darum, was man zur Kenntnis nimmt und was zu genehmigen ist. Politisch ist das bei einem Finanzplan einerlei, ob ich nun genehmigt oder zur Kenntnis genommen habe, weil es sich um ein Planungsinstrument des Gemeinderates handelt und er einen Blick in die finanzpolitische Zukunft wirft, der dann schnell von der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Realität eingeholt wird. Nun soll die Gemeindeordnung geändert werden und auch wir fragen uns, ob dies wirklich nötig und so dringend ist, dass man dieses jetzt und sofort erledigt. Unsere Fraktion steht dem Antrag des Gemeinderates gespalten gegenüber. Einer Minderheit reicht es, den Finanzplan zur Kenntnis zu nehmen, eine Mehrheit möchte den Finanzplan weiterhin genehmigen. Einen lausigen Finanzplan, wie er in den letzten Jahren aus unserer Sicht vorgelegen ist, kann man nicht genehmigen. Frage ist, kann man auch etwas zurückweisen, das man zur Kenntnis nehmen soll? Dann kommt hier noch die politische Komponente vom Gewicht dazu, mit dem der Einwohnerrat ein Zeichen setzt und sagt, nein, damit sind wir gar nicht zufrieden und können es nicht unterstützen. Was will der Gemeinderat mit dieser Änderung? Will er die Gemeindeordnung nun so anpassen, dass er nicht den Finanzplan den Ansprüchen des Einwohnerrates anpassen muss, weil diese hoch sind und deshalb die Gemeindeordnung anpasst? Dies sehen wir nicht als den richtigen Weg an. Einer Meinung ist unsere Fraktion, dass der Finanzplan jährlich vorliegen muss, dass er realistisch und transparent sein soll und so die finanzpolitische Entwicklung unserer Gemeinde vom Gemeinderat im Einwohnerrat aufgezeigt werden soll.

GR Max Hippenmeyer: Zum Votum von Stephan Ackermann: Wenn du das Gefühl hast, wir würden dies ändern, weil wir den Einwohnerrat nicht ernst nehmen, zeugt dies von Misstrauen, was hier vollkommen fehl am Platz ist. Ob der Finanzplan nun genehmigt oder zur Kenntnis genommen wird, ist mit persönlich egal. Wir haben hierin schon oft diskutiert; ihr könnt ihn genehmigen -es hat absolut keine behördliche Verbindlichkeit und es ist sinnlos, hierin Zeit zu vergeuden und dies war auch der Hintergrund, die Gemeindeordnung nun endlich so anzupassen, wie es auch in der Kantonsverfassung ist. Das kantonale Recht sieht auch nur eine Kenntnisnahme vor und damit bin ich bei der

Frage von Christian Schäublin. Bei HRM2 gibt es keine Änderung der Gemeindeordnung. Wir werden sicher nicht bei der nächsten Gelegenheit eine Volksabstimmung über diese Änderungen durchführen, sondern es zeichnet sich ab, dass wir in absehbarer Zeit den Souverän befragen müssen, beispielsweise über das Feuerwehrmagazin und wir können diesen „Missstand“ dann auch gleichzeitig bereinigen. Wenn dies nicht gewünscht ist, fliesst der Rhein weiterhin nach unten und nicht nach oben. Zu den anderen Änderungen ist zu sagen, dass wir das kantonale Recht vollziehen. Dies hat der Rechtsdienst festgestellt. Bei § 38 (Voranschlag) gehe ich davon aus, dass damit gemeint ist, dass die Ausgabe beschlossen sein muss, sei es in einem Nachtragskredit oder im Budget. Für mich ist dies ein Nebenschauplatz und ich werde noch deswegen Rücksprache halten. Man wollte nicht gerade die ganze Gemeindeordnung überarbeiten; so wichtig ist dies auch wieder nicht und wir haben die Gemeindeordnung durchforstet, ob es dringenden Handlungsbedarf gibt und diesen gibt es nicht. Aber die Frage, dass der Einwohnerrat etwas genehmigt, was gar nichts nützt, so könnt ihr es gerade zur Kenntnis nehmen. Wenn das nicht gewünscht ist, lassen wir es sein.

1. Lesung:

§ 6 Abs. 1 lit. a^{bis} (neu) Keine Wortmeldung

§ 35 Abs. 1

Stephan Ackermann: Eine Mehrheit der Unabhängigen und Grünen ist der Meinung, dass wir den Finanzplan weiterhin genehmigen und nicht zur Kenntnis nehmen. Deshalb stellen wir hier den Antrag auf Änderung von § 35 „... dem Einwohnerrat zur Genehmigung vor“.

Mauro Pavan: Stephan Ackermann hat Recht. Lausige Finanzpläne müsste man zurückweisen können. Aber vorher haben wir von GR Max Hippenmeyer gehört, dass es Nichts bewirkt. Genau Nichts. Es handelt sich um eine Alibiübung; was macht ihr, wenn ihr den Finanzplan zurückweist? Dann bringt der Gemeinderat einen neuen Finanzplan, den man genehmigen kann und weil er unverbindlich ist, hält sich der Gemeinderat nicht daran. Ich bitte um Ablehnung des Antrages.

Patrick Weisskopf: Ich bin auch der Meinung, dass der Finanzplan ein wichtiges Führungsinstrument der Gemeinde ist. Wir reden nun von einem symbolischen Kapital, das in unserer Gesellschaft viel zu wenig vorhanden ist. Wenn wir als Prattler Einwohner und ihr als Vertreter der Einwohner das Gefühl habt, dieser Finanzplan passt uns wirklich nicht, dann sollten wir nicht nur diskutieren, sondern auch unsere Meinung kundgeben. D. h. ich will ihn auch ablehnen können. Ablehnen heisst nämlich auch, dass man symbolisch Kapital verliert. Und das ist nicht so schön. Zur Kenntnis nehmen heisst, Jaja, toll, es hat Jemand Kaugummi auf den Boden gespuckt -und das war's. Ich bin für Ablehnung.

Abstimmung über den Antrag von Stefan Ackermann:

://: Der Antrag lehnt mit Grosse Mehrheit den Antrag von Stefan Ackermann ab.

Fortsetzung der Lesung:

§ 38 Abs. 1 und 3 (neu)

Keine Wortmeldung

Die 1. Lesung wird hiermit abgeschlossen.

Geschäft Nr. 2685

**Nachtragskredit für den Einsatz der
Lichtsignalanlage Oberemattstrasse/
Oberfeldstrasse**

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 21. September 2010

GR Ruedi Brassel: Wir haben ein Geschäft, auf das Christian Schäublin vorher hingewiesen hat, dass nämlich der Vorschlag eine neue Ausgabe nicht vorsieht und es nun eine Rechtsgrundlage braucht. Es ist nicht schön, einen Nachtragskredit einzuholen, aber in diesem Fall richtig. Erstens, es nicht zwingend ins Budget zu nehmen und zweitens, sofort zu handeln und die Lichtsignalanlage zu ersetzen. Diese Lichtsignalanlage ist 26 Jahre alt und war schon im Budget. Es hat sich jedoch gezeigt, dass man sie reparieren konnte und daher nicht ins Budget aufgenommen wurde. In den Sommerferien auf den Schulanfang hin ist diese Lichtsignalanlage defekt geworden; es gab keine Ersatzteile mehr und man musste zu Schulbeginn handeln, weil es sich um einen Schulweg handelt. Abklärungen mit der Kantonspolizei haben ergeben, dass es dort zwingend notwendig ist, eine Lichtsignalanlage zu haben. Die Geschwindigkeiten sind erheblich und die Geschwindigkeit mancher Verkehrsteilnehmer ist nicht unbedenklich und nur ein Fussgängerstreifen ohne weitere Massnahmen war zu gefährlich. Wir konnten und wollten nicht warten. Wir haben eine Ersatzanlage hingestellt, nachdem sich das Dauerblinken nicht bewährt hat und später auch die Bestellung für eine neue Anlage gemacht und sind nun im Einwohnerrat für den Nachtragskredit. Es war im Sinne Aller und auch der Verkehrssicherheit.

Das Büro beantragt Eintreten und Direktberatung:

Es gibt zum Eintreten keine Voten und es folgt die Detailberatung:

Urs Schneider: Wir haben kein Problem, den vorgesehen Betrag für die neue Lichtsignalanlage zu sprechen. Ruedi Brassel hat bereits erwähnt, dass er schon im Budget war, aber wieder herausgenommen wurde, weil man die Anlage angeblich reparieren konnte. Man wusste aber, dass es für diese Lichtsignalanlage praktisch keine Ersatzteile mehr gab und man kannte das Alter. Der richtige Weg wäre gewesen, man hätte sie im Budget belassen. Die Abteilung hat also ihre Aufgabe richtig gemacht, aber der Gemeinderat hat sie wieder gestrichen. Was konnte man nun einsparen? Vielleicht die Kosten um 1 oder 2 Jahre hinauszögern? Was für Kosten hat man nun verursacht? Es gab 2 Wochen lang einen Verkehrsdienst und nachher die sicher viel günstigere provisorische Ampel. Es ist schade, wenn man probiert zu sparen und durch das Sparen noch Mehrkosten generiert und die Anlage trotzdem beschaffen muss. Ich hoffe, der Gemeinderat wird in Zukunft Posten, von denen man weiss, dass man sie ersetzen muss, nicht herausstreichen, auch wenn das Budget dann weniger rosig aussieht. Wir sind für Sprechung dieses Betrages.

Werner Graber: Die SP-Fraktion ist ebenfalls für diesen Nachtragskredit und ich danke dem Gemeinderat, dass er die Anlage wieder hergestellt hat, denn mancher ist mehr als die erlaubten 50km pro Stunde gefahren und es gibt dort viele Schulkinder, die tröpf-

chenweise nach hinten laufen und der Verkehr ist sicher flüssiger, wenn sie gruppenweise die Lichtsignalanlage queren. Ich danke dem Gemeinderat, dass er rasch gehandelt und den Schulweg mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln, auch wenn der Verkehrsdienst etwas gekostet hat, gesichert hat. Ich bitte sie, der Vorlage zuzustimmen.

Stefan Löw: Auch die FDP-Fraktion hat Verständnis für diesen Nachtragskredit. Der Gemeinderat hat richtig gehandelt und er musste im Sinne der Verkehrssicherheit der Prattler Bevölkerung auch so handeln; es blieb ihm keine Wahl. Selbstverständlich gibt es in der Gemeinde einige Objekte, die irgendwann defekt werden. Es können Fahrzeuge sein, Infrastrukturanlagen, von denen man nicht weiss, wie lange sie noch halten. Man kann diese Sachen natürlich auf Vorrat ersetzen, aber dies ist nicht im Sinn des Einwohnerrates, dass die Gemeinde etwas ersetzt, das noch 2 oder 3 Jahre Dienst machen würde. Es handelte sich hier um den speziellen Fall, dass man diese Strasse nicht sich selber und unbeaufsichtigt überlassen konnte. Hier wurde richtig entschieden, aber in anderen Fällen ist denkbar, einen oder zwei Monate zu warten und es dann ins ordentliche Budget aufzunehmen. Ich bitte sie, dem Nachtragskredit zuzustimmen.

Abstimmung:

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Der Nachtragskredit für den Ersatz der Lichtsignalanlage Oberemattstrasse/-Oberfeldstrasse in der Höhe von CHF 44'897.70 (Budget Konto 620.311.07) wird genehmigt.

Geschäft Nr. 2686

**Stellenplan der Gemeinde Pratteln
- Aufstockung um 150%**

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 21. Oktober 2010

GP Beat Stingelin: Eine Aufstockung um 150 Stellenprozente gibt immer zu reden und dies ist richtig so. Genau bei Sozialbehörde, Vormundschaft und Sozialdienst ist eine Aufstockung unabdinglich. Wir haben Strukturänderungen vollzogen und Verbesserungen erreicht, die immer noch gelten, aber die Belastung wird praktisch täglich grösser. Es sind mehr Fälle und gerade immer schwierigere Fälle. Und wenn die Fälle schwieriger sind, muss man gerechterweise sagen, dass die Kundschaft auch nicht einfacher wird. Hier liegt das Problem und die Leute, die vorher eine gute Leistung bringen konnten, weil man Sachen unkompliziert abhandeln konnte, sind immer mehr mit Auseinandersetzungen mit der Kundschaft konfrontiert. Dies macht es schwieriger und dafür wird mehr Zeit benötigt. Man kann nicht sagen „Du muss so-und-so viele Fälle in dieser Zeit behandeln“. Die einen Fälle brauchen weniger, die anderen mehr Zeit und es gibt auch diejenigen, die immer schwieriger werden und bei denen es auch 2 Personen braucht. Es ist eine Belastung, die man diesen Angestellten nicht weiter zumuten kann. In einem Schreiben vom 10. Juni 2010, dass wir von den Präsidenten der Sozialhilfebehörde und der Vormundschaftsbehörde erhalten haben, steht von einer chronischen Überlastung geschrieben, auch wenn sie am Schluss sagen, dass sie mindestens jemanden für 1 Jahr haben, ist dies nicht die Lösung, sondern dient zum Brechen der Spitze. Eine Befristung kann nicht die Lösung sein; wir brauchen diese Stellenprozente, damit die Leute in einem sauberen Ablauf sauber arbeiten können und nicht Fehler machen. Dies kann passieren, wenn man in einem Gehetz ist und dies kommt wieder zurück und löst nachher noch mehr Arbeit aus. In diesem Sinn ist der Gemeinderat klar der Meinung, dass diese 150 Stellenprozente dringendst notwendig sind und bittet sie, zuzustimmen.

Das Büro beantragt Eintreten und Direktberatung:

GR Uwe Klein: Es ist kein Hit, wenn man kommt und 150 Stellenprozente mehr will. Der Gemeinderat hat sich das sehr gut überlegt. Sie haben eine sehr detaillierte Vorlage erhalten und können dort alles nachlesen. Ich möchte einen Punkt herauspicken. Es gibt immer mehr komplizierte Familiensituationen und zunehmend Patchworkfamilien. Es gibt immer mehr alleinerziehende Mütter mit Kindern und dies bringt mehr Probleme. Wir erleben immer mehr negative IV-Entscheide -es „lebe“ die IV-Revision- trotz Arbeitsunfähigkeit und Arztzeugnis. D. h. sie kommen schlussendlich zu uns und wir müssen ihnen Sozialhilfe leisten. Dann wird es kompliziert. Die sozialversicherungsrechtlichen Hintergründe werden komplizierter und wir haben immer mehr Einsprachen gegen Beschlüsse der Sozialhilfebehörde, weil unsere Behörde sehr streng wurde und scharf nach Gesetz, Verordnung und Richtlinien und Handbuch geht und wir machen keine Ausnahmen mehr. Natürlich bleibt ein kleiner Rest, wo man die Menschlichkeit noch anschauen muss, aber grundsätzlich sind wir sehr hart, was automatisch dazu führt, dass mehr Einsprachen da sind; zu jedem Beschluss gehört auch eine Rechtsmittelbelehrung. Und Einsprachen kosten Zeit. Wir haben hängige Gerichtsverfahren und brauchen dafür Zeit. Wir haben steigende Fallzahlen in diesem Jahr. Diese sind dieses Jahr massiv gestiegen, weil die Auswirkungen der Wirtschaftskrise nun kommen. Dies geschieht mit Verzögerung, weil die Leute zuerst keine Stellen haben und Arbeitslosengeld erhalten und erst nachher bei der Sozialhilfe sind. Weiter haben wir eine Zunahme der vormundschaftlichen Abklärungen; dies machen ja dieselben Personen. Wir haben Zunahmen der Gefährdungsmeldungen bei Kinder- und Erwachsenenschutz wegen Verwahrlosung und häuslicher Gewalt. Dies ist etwas, was zunimmt und es gibt Familien, die nicht mehr fähig sind, ihre Kinder zu erziehen, ordentlich in den Kindergarten oder die Schule zu schicken und so muss die Vormundschaftsbehörde eingreifen. Die Fallbelastung ist auch bedingt durch vermehrte Vormundschaftsabklärungen und die Zahl der Mandate ist gestiegen, auch wenn versucht wird, diese auswärts zu geben. Wir mussten Fälle auswärts geben, weil wir die anstehenden Fälle nicht in vernünftiger Zeit abklären konnten. Es ist nicht logisch, dass man eine Gefährdungsmeldung erhält und erst ein halbes Jahr später reagieren kann. Eine seriöse Fallabklärung ist nun nicht mehr gewährleistet und externe Fachpersonen bringen uns die Ressourcen, die uns fehlen. Wir möchten unsere Klienten betreuen und nicht nur verwalten d. h. in einer Viertelstunde das Geld holen und dann wieder nach Hause und es passiert nichts, ist nicht die Lösung. Lösung ist Beratung, in ein Integrationsprogramm schicken usw. und dies braucht Zeit, damit sie später wieder integriert werden. In der Sozialhilfestatistik sind die Verweiltage in Pratteln die längsten im ganzen Kanton. Ausgerechnet in Pratteln ist man am längsten in der Sozialhilfe; beheben kann man dies nur, wenn die Leute betreut werden und schneller wieder aus der Sozialhilfe entlassen werden können. Aus diesen Gründen bitte ich sie, stimmen sie diesen 150 Stellenprozenten zu. Es ist am Ende billiger für die Gemeinde und nicht teurer.

Eintreten ist unbestritten und es folgt die Detailberatung:

Gert Ruder: Die SP-Fraktion sieht diese Vorlage als eine gute Vorlage an. Sie ist kurz, aussagekräftig und in sich schlüssig. Für uns ist dieser Sachverhalt nichts Neues und die Schlussfolgerung im Entwurf, dass man 150 Stellenprozent benötige, ist für uns vollkommen richtig. GR Uwe Klein hat noch verschiedene Beispiele angeführt und auch die IV-Revision erwähnt. Die Revision der Arbeitslosenversicherung blieb unerwähnt und dies ist auch etwas, das vermutlich noch Auswirkungen auf die Betreuungssituation in unserer Gemeinde haben wird. Ich bitte sie eindringlich, dem vorliegenden Beschluss zustimmen.

Albert Willi: Wir hatten in der Fraktion über dieses Thema eine grosse Diskussion. Prinzipiell haben wir gesehen, dass Bedarf unbestritten ist. Wir fragen den Gemeinderat, warum er nicht aus anderen Abteilungen Stellen verschiebt und was der Gemeinderat machen will, wenn die Fälle einen Rückgang erleben würden. Dass der Stellenplan korrigiert wurde, ist gut, denn es hatte einen Fehler um 20% darin. Wir stellen den Antrag, 90 Stellenprozent fest und 60 Stellenprozent befristet auf 3 Jahre. Damit kann der Einwohnerrat in 3 Jahren wieder reagieren. Der Antrag lautet: „*Der Stellenplan der Gemeinde Pratteln wird per 1. Januar 2011 um 90 Stellenprozent fest und um 60 Stellenprozent befristet auf 3 Jahre, aufgestockt*“.

Daniela Berger: Die vor uns liegende Vorlage ist gut und sachlich ausgereift dargestellt. Dennoch möchte ich als Mitglied der Sozialhilfebehörde seit 6 Jahren und davon die letzten 2 Jahre als Präsidentin, einige Gedanken zu dieser Vorlage anfügen. Letztes Jahr stellten wir bei der Budgetdebatte fest, dass die Kosten übersteigen. GR Uwe Klein hat es vorhin auch erwähnt. Wir müssen sehen, was die Verursacher der steigenden Kosten sind. In der Vorlage werden 2 wichtige Punkte erwähnt: Das eine ist, dass die Sozialhilfefälle komplexer geworden sind. Ich beschreibe dies gerne so: Wenn früher ein Rädchen im Getriebe nicht so ganz gestimmt hat, und man etwas herumschrauben musste, konnte man nach kurzer Zeit aus der Sozialhilfe entlassen. Heute stimmen verschiedene Rädchen nicht mehr und dies macht den Fall komplex. Hierzu wurden Beispiele erwähnt. Der Sockel der Sozialhilfefälle ist gestiegen und ist in Pratteln am höchsten aller Gemeinden. Dies gibt mir zu denken und ich frage mich, woran liegt das? Ein wichtiger Punkt ist, dass die Bevölkerungsstruktur bei uns in Pratteln so ist, dass wir sehr viele Personen haben, die beruflich nicht sehr hoch qualifiziert sind und diese werden zuerst abgebaut oder wegrationalisiert. Dies sind meist auch die Personen, die kein grosses Vermögen und kein grosses soziales Netz haben, auf das sie zurückgreifen können und durch Interimsphasen gehen. Wir kennen die Realität, dass qualifiziertes Personal gesucht wird, aber nur wenig Hilfskräfte und nur wenig solche Arbeitsstellen zur Verfügung stehen. Andererseits haben wir, wie auch andere Gemeinden im Kanton, krankgeschriebene Personen bei uns, die keine IV erhalten. Diese Personen, Kranke, Arbeitslose und auch Alleinerziehende, die während einigen Jahren Unterstützung brauchen, bilden bei uns den Sockel derjenigen Personen, die ständig bzw. lange in der Sozialhilfe sind. Natürlich haben wir Verbesserungen vorgenommen. Beispielsweise haben wir seit längeren Jahren einen Arbeitscoach, der schaut, wie man den einzelnen Personen helfen kann und wie man sie unterstützen kann, dass sie zurück in den Arbeitsmarkt gelangen. Auch ein Arbeitscoach muss intensiv mit den Sozialarbeitenden zusammenarbeiten, um die wirklichen Ursachen festzustellen und auch wirklich zu helfen. Es wurden vermehrte Anstrengungen zur Subsidiarität unternommen, d. h. zu klären, ob allenfalls Andere einen finanziellen Beitrag leisten können. Es geht darum, ob doch noch ALV-Taggelder locker zu machen sind, obwohl der Klient vorher abgewiesen wurde. Weiter geht es um Alimenterbevorschussung, Prämienverbilligungen, Ergänzungsleistungen, AHV-Vorbezug bis hin zur Pensionskasse (Rentenvorbezug). Dies sind alles Sachen, die man als Sozialarbeiter unternehmen muss und einen hohen administrativen Aufwand mit sich ziehen und auch von der Behörde verlangen. Seit wenigen Jahren haben wir eine Juristin im Teilpensum, die heikle Verfügungen für uns korrekt formuliert und auch bei Einsprachen Ansprechpartner ist. So haben wir Rechtssicherheit erhalten, was sich auch bei den Einsprachenweiterziehungen an die nächste Instanz insofern positiv zeigt, dass Geld eingespart werden kann. Wie oft habe ich mich als Behördenmitglied geärgert, wenn bei mir ein formaler Fehler auf den Tisch kam, wobei wir in der Sache Recht haben, formal aber doch nicht Recht bekamen und dies uns Geld und Zeit gekostet hat. Solche Fälle haben wir nicht mehr, seit dies die Juristin in einem Teilzeitpensum für uns erledigt. Wir haben so eine bessere Qualität und Sicherheit erlangt. Zur Sicherheit gehört auch, dass wir ein Qualitätsmanagement eingeführt haben. Dabei geht es vor allem darum, zu schauen, was wann unbedingt genau gemacht werden muss und den Raum bietet, Fragen interdisziplinär unter allen Fachleuten zu besprechen. Unsere Aufgabe nehmen wir ernst und machen sie nicht nur für die Sozialhilfebeziehenden, sondern nehmen es auch als Vertreter der Gemeinde Pratteln ernst; schliesslich geben wir als Behörde ja Steuergelder

aus und dies ist uns sehr bewusst. Wir wollen aber auch etwas von den Sozialhilfebeziehenden einfordern, wie das Beispiel des Arbeitscoaches zeigt und für das braucht es eine enge Zusammenarbeit mit den Sozialarbeitern. Wir möchten einfordern, dass sie möglichst wenig lange in der Sozialhilfe verweilen und um dies erfüllen zu können, brauchen wir Ressourcen und vor allem Zeit. Integrationsbemühungen fordern wir ja auch und dazu ist ein grosser administrativer Aufwand erforderlich, der im Bereich der Sozialhilfe nicht übermässig gross ist, aber gemacht werden muss. Wenn wir Gelder zurückfordern können, müssen wir diese aktiv zurückfordern, es bringt uns keiner diese Gelder und wenn wir keine Zeit haben, dies sorgfältig abzuklären und aktiv einzufordern, geht uns viel Geld verloren. Es braucht auch fachliche Kompetenz, um das Wissen und die Fachkompetenz ständig aktuell zu halten, wie man allenfalls noch andere Gelder hereinholen kann. Ich denke hier an die Arbeit für Sozialarbeiter und das administrative Personal, Stiftungen anzufragen und andere Quellen zu erschliessen, die auch einen Beitrag zu Gunsten unserer Kasse leisten könnten. Bis jetzt haben wir diese Aufgabe gut gemacht und hatten dazu auch gutes Feedback. Dennoch haben wir einen hohen Sockel an Sozialhilfebeziehenden in Pratteln d. h. Personen, die 2 Jahre oder mehr in der Sozialhilfe sind. Dies ist doppelt tragisch: erstens, weil es uns viel kostet und zweitens, weil Sozialhilfe nie als Dauerlösung gedacht war. Vom Gesetz her ist Sozialhilfe für eine Überbrückung gedacht, damit diese Phase überwunden werden kann, bis die Familie oder eine Einzelperson wieder selbständig ist, sei es durch Arbeit oder Versicherungsleistungen. Mittlererweile wurden beide Richtungen immer schwieriger. Die Arbeitsplätze, vor allem für beruflich nicht gut qualifizierte Personen, wurden immer weniger und sind heute Mangelware. Immer häufiger kommen Menschen zur Sozialhilfe, die krank geschrieben sind, 100% krank geschrieben sind, aber die IV einen Antrag abgelehnt hat. In diesen Fällen sind wir gefordert, zu unterstützen, zu leiten und abzuklären und nach individuellen Lösungen zu suchen. Im Einzelfall konnten wir diesen Effort noch leisten, aber um das Ziel, die Sockelarbeitslosigkeit wirklich zu senken und bei der Komplexität der Fälle angemessen zu erfassen und aufzulösen, brauchen wir mehr Ressourcen. Vor allem fachliche konstante Arbeit ist uns wichtig. Mit Aushilfen und temporär befristeten Anstellungen kommen wir nicht mehr weiter. Wir haben dies probiert, sie haben es im Antrag gesehen. Nun ist der Punkt eingetreten, wo dieser Punkt sogar als kontraproduktiv angesehen werden kann, wenn wir nicht konstante fachliche Kräfte im Bereich Soziales haben. Ein Sozialarbeiter nimmt pro Monat viel Geld in die Hand, wenn er und seine helfenden Hände, sprich Administration, Sekretariat und Buchhaltung, wenn diese keine Zeit mehr haben, zu prüfen, wer wann was wirklich zu Gute hat, verbessern wir die Situation nicht, sondern würden resignieren, in dem wir die Menschen nur noch verwalten und nicht betreuen können. Aber wir als Behörde wollen nicht resignieren und haben viele Ideen mit den Sozialarbeitern, was zu realisieren ist und wie man die Betroffenen noch besser unterstützen kann. Die Sozialarbeiter brauchen zuerst Zeit dafür, die Menschen kennen zu lernen, ihre Möglichkeiten abzustecken, sich mit Fachleuten auszutauschen, was im konkreten Fall an sinnvoller Unterstützung zu leisten ist, damit sich diese Person von der Sozialhilfe ablösen kann. Ich bin überzeugt, dass nur eine intensive Begleitung diesen Menschen, die es besonders schwer haben, hilft und bei denen die grösste Gefahr besteht, lange in der Sozialhilfe zu verweilen. Bei dieser intensiven Arbeit zwischen Sozialhilfebehörde, Sozialarbeitenden und Klienten wird auch klar, ob sich jemand wirklich helfen lassen will oder nur Geld ohne Gegenleistung haben will. Auch bei solchen Fällen müssen Sozialarbeiter und Administration Ressourcen -sprich Zeit- haben, dies zu klären. Daher bitte ich sie inständig, dem Antrag auf 150 Stellenprozente zuzustimmen. Wir haben damit im Budgetposten Personalkosten Soziales eine Erhöhung, aber beim Budgetposten Auszahlungen an Klienten, an private Haushaltungen nicht weiter eine ständige Erhöhung wie bisher.

Patrick Weisskopf: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen unterstützt den gut ausgearbeiteten Vorschlag voll. Schon seit mehreren Jahren waren wir der Meinung, dass der Sozialdienst eine Stellenaufstockung braucht, damit Pratteln etwas aus dieser Misere herauskommt und die Sozialbezüger gut betreuen kann. Meine Vorrednerin hat es schon gesagt: Das Wichtigste ist, dass man die Menschen mobilisieren und zurück

in den Arbeitsmarkt bringen kann und wir brauchen im Sozialdienst wirklich die guten Leute. Leute, die voll hierin arbeiten wollen. Meine Frage an die SVP-Fraktion: Wie seid ihr auf die 90/60-Aufteilung gekommen? Für mich ist klar, wenn ich eine gute Person will, will ich diese länger als 3 Jahre und ist es ein befristeter Job, werde ich nicht die beste Person kriegen. Ich glaube auch nicht, dass wir in 3 Jahren aus dieser Misere heraus sind; ich glaube eher, dass es so bleiben oder schlimmer werden wird. Wir haben vorher das Wort „helfen“ gehört. Dies gefällt mir weniger, besser wäre „mobilisieren“ und Leute in dieser Situation brauchen immer etwas Druck. Wichtig ist, dass der Sozialarbeiter erkennt, wer eine Chance auf dem Arbeitsmarkt hat und wer sich vor der Arbeit drückt. Damit ich als Behördenmitglied schnell reagieren kann, ist es wichtig, solche Sachen nach zu verfolgen und zu dokumentieren. Dies ergibt Administration. Diese ist aber nötig, weil das Gesetz uns sehr wenig Spielraum lässt. Wir können maximal 20% kürzen, was wir sehr gut begründen müssen, weil heute sofort jeder weiss, welches seine Rechte sind und sofort einen Rechtsanwalt einschaltet und dementsprechend eine Einsprache erhebt, die uns Geld kostet. Darum sind wir der Meinung, wir wollen diese 150 Stellenprozente und gute Leute, weil der Nutzen sehr schnell wieder zurückkommt. Wenn die neuen Mitarbeiter 6 – 10 Leute ablösen können, ist diese Stelle bereits amortisiert und der Nutzen für die Gesellschaft steigt auch. Sozialarbeit lässt sich kaum privatisieren. Man kann zwar Dienste einkaufen, aber Auslagern können wir diese nicht. Die Personen, die diese Dienste anbieten, leben davon und die Serviceverträge sind so gut, dass sie von der Mobilisation tatsächlich leben. Darum bitte ich sie, geben sie dem Sozialdienst etwas Zähne, um das Gesetz umzusetzen und Ressourcen um die Fälle durch zu verfolgen und um hier vorwärts zu kommen.

Andreas Seiler: Auch wir sehen ein, dass es nötig ist, die zusätzlichen 150 Stellenprozente zu sprechen. Ich möchte die Begründungen nicht wiederholen. Eine 60%-Stelle und dazu noch befristet mit einer kompetenten Person zu besetzen, sehen wir als schwierig, wenn nicht gar unmöglich an und darum empfehlen wir, den Antrag der SVP abzulehnen.

Abstimmung zum Antrag von Albert Willi:

Der Rat beschliesst mit 9 Ja zu 25 Nein bei 1 Enthaltung:

://: 1. Der Antrag von Albert Willi, SVP, "90 Stellenprozente fest und 60 Stellenprozente auf 3 Jahre befristet" wird abgelehnt.

Schlussabstimmung:

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: Der Stellenplan der Gemeinde Pratteln wird per 1. Januar 2011 um 150 Stellenprozente zu Gunsten der Abteilung Gesundheit/Soziales von aktuell 10'334 auf 10'484 Stellenprozente aufgestockt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: **29. November 2010.**

Geschäft Nr. 2688

Bericht der GPK zum Amtsbericht 2009

Aktenhinweis:

- Bericht der GPK vom 24. September 2010

Kurt Lanz als GPK-Präsident: Der Amtsbericht 2009 liegt vor ihnen und die GPK hat diesen Bericht behandelt. Es gibt noch einen Punkt in Ergänzung des Berichtes: Es hat uns sehr gefreut, dass dieses Mal die Zahlen der Schule im Bericht enthalten sind, die der Gemeinde zur Verfügung stehen. Auf der Rückseite bei der Aufzählung kommt die Schule an letzter Stelle. Nicht, weil sie uns wenig wichtig war, sondern weil wir es entsprechend dem Amtsbericht abgebildet haben. Ansonsten können sie organisatorische Fragen an mich stellen und inhaltliche Fragen an den Gemeinderat.

Diskussion:

Gert Ruder: Im Namen der SP-Fraktion darf ich nicht unterlassen, der wichtigen Arbeit der GPK bei der Überprüfung des Amtsberichtes herzlich zu danken. Man sieht ja, dass sie hierüber wenigstens 4 Sitzungen hatten und sonst noch weitere Arbeit. Die SP-Fraktion ist selbstverständlich bereit, den Bericht, so wie er hier liegt, zur Kenntnis zu nehmen und auch der Abschreibung des Geschäftes Nr. 2503 zuzustimmen.

Benedikt Schmidt: Auch die Fraktion der Unabhängigen und Grünen nimmt den Bericht der GPK zur Kenntnis, dankt dafür auch Jenen, die am Amtsbericht mitgearbeitet haben. Kurt Lanz hat schon erwähnt, dass die GPK sich gefreut hat, dass die Anregungen zum letzten Amtsbericht berücksichtigt wurden und dies freut auch uns.

Abstimmung:

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Der Abschreibung des Geschäftes Nr. 2503 Postulat Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Emil Job, betreffend "Solarstadt Pratteln" wird zugestimmt.

Der Bericht des Gemeinderates an den Einwohnerrat über die Amtsführung im Jahre 2009 wird zur Kenntnis genommen.

Geschäft Nr. 2689

Überarbeitung Planung Pratteln Mitte (Änderungen gegenüber öffentlicher Auflage vom 21.01. bis 19.02.2008) - 1. Lesung

Aktenhinweis:

- Vorlage des Gemeinderates vom 21. September 2010

GP Beat Stingelin: Die Überarbeitung der Planung Pratteln Mitte ist eine lange Geschichte und ich möchte hier nicht von vorne beginnen; dies wäre abendfüllend. Wir haben, nachdem die Planung beim Regierungsrat war und er das Gefühl hatte, einige Sachen müssten geändert werden, dem Einwohnerrat die Unterlagen noch ein Mal zusammen mit der Vorgabe, was zu machen ist, zugestellt. Wir haben eine Begleitkommission einberufen. Eine Begleitkommission, in der alle Fraktionen vertreten waren, und

diese hat alle Anträge des Regierungsrates intensiv diskutiert. Was hier resultierte, liegt im überarbeiteten Teil vor und ich hoffe, dass ihr eure Mitglieder in den Kommissionen gefragt habt und euch durchringen könnt, der Vorlage zuzustimmen. Es dauerte eine lange Zeit, weil sehr viele Einsprachen vorlagen und die Behandlung der Einsprachen durch teilweisen Besitzerwechsel erschwert wurde. Ich bitte, der 1. Lesung zuzustimmen. Ich glaube, der Einwohnerrat hat das Werk so erhalten, wie es der Regierungsrat will und genehmigen kann. In der Kommission waren wir uns darüber einig, die Ortskernplanung auszuklammern, die separat behandelt wird, so dass der Regierungsrat nicht sagen kann, es passe ihm so nicht. Bei jedem Baugesuch sind wir hin-und-her gerissen, ob es nach neuem oder altem Recht zu beurteilen ist. An Pratteln Mitte hängt auch Pratteln Nord und Pratteln Nord wird nur genehmigt, wenn Pratteln Mitte genehmigt ist.

Das Büro beantragt Eintreten und Direktberatung:

Eintreten:

Urs Hess: Die SVP-Fraktion kann mit diesen Änderungen leben. Es ist ein lang dauerndes Geschäft und man hat schon lange darüber diskutiert. Wir haben uns in der Fraktion gefragt, ob man dieses Geschäft an die BPK überweisen soll, sind aber im Moment der Auffassung, es gehe auch anders, weil alle Mitglieder der BPK auch in der vom Gemeinderat bestimmten Kommission für Pratteln Mitte waren und alle Fragen dort behandelt werden konnten. Wenn nicht viele Fragen aus dem Rat kommen, kann die Vorlage direkt beraten werden. Verfahrenstechnisch am einfachsten ist es, wenn nur das Rote gelesen wird und nicht Alles, sonst sind wir noch nachts um 12 Uhr damit beschäftigt.

Rös Graf: Auch die SP-Fraktion empfiehlt ihnen Eintreten und Zustimmung. Die Begleitkommission hat ja die überarbeiteten Bestimmungen des Zonenplanes Pratteln Mitte bereits an 2 Sitzungen behandelt und die SP kann den hier vorliegenden Änderungen zustimmen. Wir sind der Meinung, dass die Planung Pratteln Mitte baldmöglichst rechtskräftig werden sollte, möchten aber noch die 2. Lesung, dies ist für uns klar.

Benedikt Schmidt: Auch die Fraktion der Unabhängigen und Grünen ist für Eintreten und Direktberatung und wir haben bei der Lesung noch Anträge.

Lesung:

Die Lesung erfolgt artikelweise. Der Focus liegt auf dem rot Geschriebenen und dies ist bei der Schlussabstimmung derjenige Teil, der zu genehmigen ist.

- Art. 1 Zweck, Geltungsbereich**
- Art. 2 Zoneneinteilung**
- Art. 4 Zentrumszone**
- Art. 7 Gewerbezone und Industriezone**
- Art. 11 Grünzone**

Zu diesen Artikeln gibt es keine Wortmeldungen.

Art. 16 Quartierplanpflicht, Quartierplanungen ...

Benedikt Schmidt stellt den Antrag, den Randtitel von Absatz 3 wie folgt zu formulieren: „Anforderungen Quartierplanung und Ausnahmeüberbauungen nach einheitlichem Plan“. Es muss klar sein, dass die Ziffer 3 für den Quartierplan Gültigkeit hat, aber auch für die Ausnahmeüberbauung nach einheitlichem Plan. Dies lässt sich aus dem Artikel 16 halbwegs ablesbar aber mit dem vorgeschlagenen Randtitel ist es nicht klar und daher soll der Randtitel präzisiert werden.

Abstimmung zum Antrag von Benedikt Schmidt:

://: Der Rat stimmt dem Antrag von Benedikt Schmidt mit 16 Ja zu 12 Nein bei 6 Enthaltungen zu.

Fortsetzung der Lesung:

Art. 25 Haupt- und Nebenbauten

Art. 26 Gebäudeprofil in Wohnzonen

Art. 27 Gebäudeprofil in Gewerbe- und Industriezonen

Art. 30 Dachaufbauten

Zu diesen Artikeln gibt es keine Wortmeldungen.

Art. 31 Lärmschutz

Roger Schneider: Bei diesem Antrag geht es um das Thema Umgebungsgestaltung. Es handelt sich nicht um einen genehmigungsrelevanten Passus, aber man könnte diese Vorschrift auf das restliche Gemeindegebiet ausdehnen. Wir haben das Thema ökologischen Ausgleich und Umgebungsgestaltung in verschiedenen Artikeln. In Art. 16 betreffend Quartierpläne, Art. 7 Industrie- und Gewerbezone und in Art. 11 Grünzone. Bei Art. 17 haben wir noch bei den allgemeinen Gestaltungsgrundsätzen die Umgebungsgestaltung, aber ohne Präzisierung. Wir wollen dies nicht nur, weil die Naturschutzgesetzgebung den ökologischen Ausgleich verlangt, sondern weil die naturnahe Gestaltung Mensch und Natur gleichzeitig dient. Im Gegensatz zum Mensch kann die Natur ihren Raum im Siedlungsgebiet nicht beplanen; die einheimische Flora und Fauna ist auf die Erhaltung, die Wiederherstellung und Neuschaffung von Naturräumen angewiesen. Diese sichern den einheimischen Tieren und Pflanzen das Überleben im Siedlungsgebiet und vernetzen die Siedlung mit der freien Landschaft. Diese naturnahen Lebensräume haben einen positiven Einfluss auf das lokale Klima und fördern die aktive Auseinandersetzung mit dem Thema Natur. Grün- und Freiflächen stehen unter Druck durch die Verdichtung und mit den Quartierplänen werden die naturnahen Flächen immer kleiner. Darum sollten sie qualitativ umso besser sein und zwar sowohl für die Bedürfnisse des Menschen als auch diejenigen der Natur. Mit einer Umgebungsgestaltung sollte dies berücksichtigt werden. Ziel ist, ökologische und gestalterische Aspekte zu einem harmonischen Ganzen zusammen zu führen. Darum schlage ich vor im 4. Teil Allgemeine Bauvorschriften einen neuen Art. 31 Umgebungsgestaltung einzufügen (Antrag): „*Im Sinne des ökologischen Ausgleichs ist im ganzen Siedlungsgebiet eine naturnahe Umgebungsgestaltung mit vorwiegend einheimischer und standortgerechter Bepflanzung anzustreben. Dabei werden folgende Massnahmen empfohlen: 1. bestehende Gehölze (Einzelbäume, Sträucher, Hecken, Feldgehölze) erhalten 2. bei Neupflanzungen einheimische, standortgerechte Arten verwenden und zu den invasiven Neophyten zählende Arten vermeiden 3. Kleinstrukturen wie Ast-, Holz- und Steinhafen angelegen 4. Bei Platz- und Gartenflächen wasserdurchlässige Beläge verwenden (Kies, Mergel, Rasengitterstein etc.) 5. Böschungen mit Lebendverbau befestigen und sichern*“. Dies soll im Sinne von Empfehlungen eingefügt werden. Mir ist klar, dass Buchstaben noch nichts verändern; man muss es draussen praktizieren, was die Gemeinde in den entsprechenden Flächen sehr vorbildlich macht wie beispielsweise rund ums Schloss und auch im alten Gottesacker. Der vorgeschlagenen Passus dient als Stütze und Idee im Reglement.

Urs Hess: Roger Schneider schlägt für diesen Artikel einen seltsamen Ort beim Lärmschutz vor und sein eigentliches Anliegen ist bereits in Artikel 11 vorhanden. Weiter schlägt er Empfehlungen vor und Empfehlungen gehören nicht in ein Reglement. Daher ist sein Antrag abzulehnen.

GP Beat Stingelin: Wir haben zu diesem Reglement 2 Anhänge, in denen genau diese Sachen festgehalten sind. Am Rhein muss es rheinebenen-mässig gemacht werden und für die höher gelegenen Gebiete haben wir ebenfalls festgelegt, welche Pflanzen anzuwenden sind. Daher ist nicht einsehbar, warum diese Sachverhalte in das Reglement aufgenommen werden sollen. Wir haben uns die Mühe genommen, den Anhang zu erstellen und auch festzulegen, was für eine Bepflanzung. Im engeren Bereich soll den Leuten nicht vorgeschrieben werden, welche Pflanzen sie wohin zu setzen haben. Aber dein Gedankengut ist hierin enthalten und ich glaube nicht, dass es untergeht und wir müssen nicht Empfehlungen in ein Reglement aufnehmen. Eine Empfehlung gehört in einen Anhang und dies ist bereits der Fall.

Abstimmung zum Antrag von Roger Schneider:

://: Der Rat lehnt den Antrag von Roger Schneider mit 21 Nein zu 7 Ja bei 6 Enthaltungen ab.

Präsenz: Es sind nun 34 Personen des Einwohnerrates anwesend.

Fortsetzung der Lesung:

Art. 32 Antennenanlagen

Benedikt Schmidt: Artikel 32 dreht sich um Antennenanlagen. Es wurde praktisch alles herausgestrichen, mit dem Hinweis, dass der Landrat das Raumplanungs- und Baugesetz revidiert habe und die Beschlüsse des Landrates zu übernehmen habe. Der neue Artikel des Raumplanungs- und Baugesetzes sagt, dass es Möglichkeiten gibt, Gebiete festzulegen, in denen man keine Mobilfunkantennen erstellen darf. Einen entsprechenden Antrag hierzu möchten wir nun stellen. Wir haben oben im gestrichenen roten Teil die Formulierung gehabt „Nicht bewilligt werden Antennenanlagen in der Kernzone und der Schutzzone des Ortsbildes“. Diesen gestrichenen Artikel möchten wir wiederbeleben als neuen Absatz 3 (Antrag): „Nicht bewilligt werden sichtbare Antennenanlagen in der Kernzone und in der Schutzzone des Ortsbildes“. Es geht also darum, dass in der Kernzone keine Antennen aufgestellt werden, die die Kernzone optisch verschandeln. Wenn man die Antennen optisch unsichtbar machen kann, sind sie zulässig, beispielsweise in einem Estrich.

Urs Hess: Diskussionen über die Antennenanlagen wurden hinreichend geführt und darum bitte ich, den Antrag abzulehnen, es spielt nämlich übergeordnetes Recht hinein und daher gehört es nicht hier hin.

GP Beat Stingelin: Wir haben die Diskussion über die Antenne bereits früher geführt und wie ihr seht, haben wir relativ viel darüber im Reglement gehabt und wollten dies durchsetzen. Der Regierungsrat hat dies nicht zugelassen und wieder zurückgeschickt und gesagt, so geht es nicht. Jetzt können wir darüber diskutieren und sagen, Antennen, die man nicht sieht, kann man zulassen. Ich habe Angst davor, dass es nun wie in Spanien Fantasiegebilde wie künstliche Palmen als versteckte Antennen, gibt und etwas für uns entsprechend in den Dorfkern gestellt wird. Dies wollen wir nicht und ich kann mir nicht vorstellen, wie man im Ortskern eine Antenne hinstellt, die man nicht sieht und die doch etwas nützt. Dann kommt als nächstes: Muss sie denn nicht stark strahlen, wenn sie irgendwo dazwischen steht und wir haben das nächste Problem. Ich kann nicht sagen, ob es gut oder böse ist; ich kann sagen, dass wir diesen Sachverhalt mit auf die Verwaltung nehmen und bei der 2. Lesung einen Kommentar dazu abgeben. Wenn man Antennen versteckt, wird die Strahlung grösser und genau dies wollen wir nicht. Wir würden dies auf der Verwaltung anschauen; es kommt hier etwas zu schnell.

Benedikt Schmidt: Es ist mir bewusst, dass die Antennendiskussion lange und ausführlich geführt wurde. Hier geht nun nicht um Strahlung, sondern darum, das Ortsbild nicht mit Antennen zu verschandeln. Und dies ist Absicht dieses Antrages. Ich weiss, dass der Regierungsrat Diverses nicht bewilligt hat, aber der neue § 52a im Raumplanungs- und Baugesetz sagt „Die Gemeinden sind berechtigt, im Rahmen der Nutzungsplanung aus Gründen des Natur-, Landschafts-, Ortsbild- oder Denkmalschutzes Gebiete festzulegen, in denen keine oder nicht sichtbare Mobilfunkanlagen zulässig sind. Voraussetzung ist der Nachweis, dass trotz Festlegung solcher Gebiete eine qualitativ gute Mobilfunkversorgung gewährleistet ist und der Wettbewerb unter den Mobilfunkanbietern funktioniert“. Dies heisst, Ortsbildschutz, was in der Kernzone klar der Fall ist, ist zulässig und es geht nur darum, dass es in der Kernzone keine sichtbaren hässlichen Antennen gibt. Eine Palme in der Kernzone passt sicherlich nicht hinein; sie ist deutlich als Fremdkörper sichtbar und vor derart absurden Lösungen habe ich keine Angst.

Patrick Weisskopf: Ich habe eine Verständnisfrage. Wenn wir von Antennenanlagen sprechen, verstehen wir nur Mobilfunkanlagen. Im alten Vorschlag hiess es jedoch „Mobilfunk und drahtlose Teilnehmeranschlüsse“. Für mich ist ein drahtloser Teilnehmeranschluss auch eine Satellitenschüssel. Wenn ich nun diesem Antrag zustimme, haben wir im Ortskern plötzlich Satellitenschüsseln und ist dies erwünscht?

Kurt Lanz: Egal was installiert wird, man darf es auch sehen. Aber etwas ganz Anderes: Auf der ersten Seite „Überarbeitung Planung Pratteln Mitte ...“ Punkt 2 steht: „Die Ortskernplanung ist aus der Planung Pratteln Mitte ausgenommen ..“ und in der Vorlage geht es gar nicht um den Ortskern oder die Ortskernplanung und wenn wir etwas im Ortskern verbieten wollen, müssen wir es dort darüber reden und nicht bei der Diskussion der Planung Pratteln Mitte.

Abstimmung zum Antrag von Benedikt Schmidt:

://: Der Rat lehnt den Antrag von Roger Schneider mit 27 Nein zu 7 Ja bei 0 Enthaltungen ab.

Fortsetzung der Lesung:

Art. 36	Terrainveränderungen und Anpassungen
Art. 38	Besitzstandesgarantie
Art. 39	Ausnahmen
Art. 40	Zuständigkeit
Art. 43	Baugesuchsunterlagen
Art. 46	Aufhebung

Zu diesen Artikeln gibt es keine Wortmeldungen.

Die 1. Lesung ist hiermit abgeschlossen.

Geschäft Nr. 2551

Beantwortung Postulat der SVP-Fraktion, Philippe Doppler und Christian Schäublin, betr. „Internes Kontrollsystem IKS“

Aktenhinweis:

- Vorlage des Gemeinderates vom 15. September 2010

GP Beat Stingelin: Die schriftliche Beantwortung liegt vor. Wir haben uns mit der Beantwortung einige Zeit gelassen, weil es einige Punkte gibt, die abzuklären waren. Begonnen haben wir am 16. August, als das Postulat eingereicht wurde und in der Zwischenzeit einer Firma einen entsprechenden Auftrag erteilt. Wir liessen eine Risikoanalyse machen und haben diese am 16. Oktober 2009 ausgewertet. Ein erster Massnahmenplan wurde im März 2010 erstellt usw. Das interne Kontrollsystem lebt, muss erarbeitet werden und darin stecken wir nun. Fertig wird es niemals sein, weil es immer wieder neue Abläufe und Sachen gibt, die zu erledigen sind. Wir sind auf einem guten Weg und ich bitte sie, das Postulat als erfüllt abzuschreiben. Es muss noch nicht alles fertig sein. RPK und GPK können die Unterlagen anschauen oder haben sie schon angeschaut, um sich einen Überblick zu verschaffen.

Abstimmung:

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Postulat Nr. 2551 wird als erfüllt abgeschrieben.

Geschäft Nr. 2652

Beantwortung Postulat Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Christoph Zwahlen, betreffend "Entsorgung von Sperrgut und anderen Wertstoffen"

Aktenhinweis:

- Vorlage des Gemeinderates vom 21. September 2010

GR Felix Knöpfel: Zur Einleitung: Der Weibel hat den Prattler-Kalender 2010 verteilt und wir möchten diesen kurz besprechen, damit der Einwohnerrat als Vorbild für die Bevölkerung dienen kann, wenn Fragen an euch gestellt werden. Frage 1. Darf ich meine Essigflasche, darf ich meine Perwollflasche in die Petsammlung geben? Diese Frage ist einfach zu beantworten. Ihr habt alle ein Petfläschchen vor euch und ihr seht auf der Etikette unten links das Zeichen „Pet“. Und wenn das Zeichen „Pet“ vorhanden ist, ob es nun eine Essigflasche oder Mineralwasserflasche ist, darf sie in die Petsammlung. Ist dieses Zeichen nicht darauf, muss die Flasche in den normalen Abfall. Auf der zweiten Seite des Abfallkalenders ist unter „Diverses“ eine Reklame des Entsorgungszentrums Schweizerhalle. Diese nehmen Alles entgegen und holen es auch ab. Wenn man eine Frage hat betreffend Sachen, die nicht mehr gebraucht werden, und nach Christoph Zwahlen sind die Leute auch bereit, dafür zu zahlen. Tierkadaver und kleine Mengen Bauschutt (auch Spiegel, Tontöpfe, Porzellan) sind kostenlos. Ebenfalls Metalle und Aluminium. Im Kalender Januar bis Dezember: Ihr seht am 9. Februar „kostenpflichtige Grobsperrgutabfuhr“ d.h. es lässt sich einfach nachschauen, wann diese Abfahren sind. Im Dezember ist noch Metallsammlung ohne elektrische Geräte. Zu erwähnen ist noch,

dass momentan Werkhof und Abteilung Bau am Abklären sind, ob vielleicht an einem Abend länger offen ist, damit Personen, die unter Tag auswärts arbeiten, zu diesem Zeitpunkt ihre Sachen abgeben können. Wir empfehlen Abschreibung des Postulates.

Christoph Zwahlen: Ich habe die Antwort des Gemeinderates gelesen und ich habe nichts am Prattler-Kalender auszusetzen und wenn man im Werkhof anruft zur Entsorgung beispielsweise eines grösseren Spiegels, erhält man eine kompetente Auskunft. Ich bin aber mit der Antwort gar nicht zufrieden. Ich weiss nicht, ob der Gemeinderat nicht verstanden hat, was ich will oder ob er es nicht verstehen will. Hauptproblem ist, dass eine Verschlechterung eingetreten ist seit der Unterscheidung zwischen Grob- und Kleinsperrgut. Grobsperrgut braucht viel Platz und man kann es 4-mal im Jahr legal entsorgen. Da kann man noch viele Abfallkampagnen machen, in der Längi gibt es Orte, an denen nach einiger Zeit wieder solche Waren draussen stehen. Leute, die keinen Keller, keinen Garten, keinen Stauraum haben, stellen ihre Ware nach draussen, wenn es zu viel wird. Und dies ist das Hauptproblem und wenn man darauf verweist, dass sich in den nächsten Jahrzehnten die Ausgestaltung der Abfallbewirtschaftung verändern wird, frage ich „Wer verändert diese?“ Sie verändert sich nicht von alleine und wenn sie sich in eine Richtung verändert soll, dass niederschwellige Angebote dazu führen, dass die Leute viel fortwerfen, macht man hochschwellige Angebote, dass die Leute weniger fortwerfen. Für mich ist das dies keine Logik; wir dünnen an den Tramendhaltstellen die Mistkübel aus, damit die Leute dann weniger fortwerfen. Dies ist das Problem. Es geht nicht darum, teure Angebote zu machen, es gäbe eventuell andere Angebote wie die Zusammenarbeit mit privaten Entsorgern. Dies ersetzt aber nicht, dass man das Grobsperrgut häufiger abführen kann als nur 4-mal im Jahr. Dieses Problem ist nicht gelöst und daher bin ich gegen eine Abschreibung.

Rolf Hohler: Ich bin für Abschreibung dieses Postulates. Wenn jemand was Grosses zu Hause hat, kann er es abholen lassen und unter dem Jahr an jedem Tag dem Gewerbe zurückgeben. Für mich ist das Postulat erfüllt.

Abstimmung:

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: Das Postulat Nr. 2652 wird als erfüllt abgeschrieben.

Geschäft Nr. 2680

**Motion der SVP-Fraktion, Urs Hess,
betreffend "Änderung Zonenplan
Siedlung"**

Aktenhinweis:

- Motion der SVP-Fraktion, Urs Hess, betreffend "Änderung Zonenplan Siedlung vom 23. August 2010

GP Beat Stingelin: Der Gemeinderat ist für Entgegennahme der Motion 2680.

Urs Hess: Ich danke dem Gemeinderat, dass er die Motion entgegen nimmt und bitte den Rat, diesem zu folgen.

Benedikt Schmidt: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen ist nicht für Überweisung der Motion. Wir haben an anderem Ort schon verschiedene solcher Zonen geschaffen, die Wohnen und Gewerbe ermöglichen, den Quartierplan Coop – Häring als letztes. Wir möchten nicht, dass das Gewerbe noch weiter in die Wohnzonen eindringt,

vor allem aus Lärmgründen. Die Grenze, wie sie jetzt liegt, ist gut und bringt einen Schutz der Wohnbevölkerung.

Kurt Lanz: Die SP-Fraktion ist auch der Meinung, diese Motion nicht zu überweisen. Es gibt verschiedene Gründe dafür. Die erste Frage ist: Warum muss man jetzt diese Änderung vornehmen? und die zweite ist: Hier geht es um Pratteln Mitte, um denselben Ort, und wie ich vorher über die Antennenanlagen gesagt habe, es wird hierin noch irgendwann über die Ortskernplanung diskutiert und dieses Gebiet wird offensichtlich in der Ortskernplanung behandelt. Der Gemeinderat hat die Ortskernplanung abgeschlossen und am 24. August 2010, also erst vor Kurzem, dem Kanton zur Vorprüfung zugestellt und ich gehe davon aus, dass wir in diesem Rat über die Ortskernplanung diskutieren und daher gehört dieses Geschäft zur Ortskernplanung und für das braucht es aus Sicht der SP keinen Extrazug. Aus diesem Grund bitten wir, die Motion nicht zu überweisen; wir sehen keine Dringlichkeit, dass dies sofort passieren muss. Wir machen es dann, wenn wir über die Ortskernplanung diskutieren. Weiter stellt sich die Frage, ob es zwingend notwendig ist, Mutationsgewinn zu generieren oder nicht.

Thomas Sollberger: Zu Kurt Lanz. Der hier zur Diskussion stehende Teil ist nicht Bestandteil der Ortskernplanung. Die FDP-Fraktion würde die Motion gerne überweisen. Wenn man es genau anschaut, sieht man, dass es 3 Parzellen sind und in zwei verschiedenen Zonen liegen und dies sollte nicht so sein.

Emanuel Trueb: Es handelt sich um eine delikate Situation, die mit dieser Motion angestrengt wird. Wir kennen diese Situation genau und je nachdem, wie man sich verhält, kann man sich beim Gewerbe in die Nesseln setzen oder unterzieht sich anderen politischen Bemühungen. Mich erstaunt, wie dieses Anliegen in den Rat gekommen ist. Es sind klar Interessen von Gewerbetreibenden die man gut verstehen kann. Ich denke hier an die Firma Wagner, die dort Eiskästen usw. verkauft. Diese Firma ist für Pratteln wichtig, das ist unbestritten und ich bin der Meinung, dass es ein wichtiger Standort ist. Trotzdem finde ich es nicht unproblematisch, wenn wir nun, gemessen an Einzelsituationen, beginnen Planungsinstrumente zu verwenden, die für die weitere Entwicklung dieses Dorfes entscheidend sind. Wir müssen sehr vorsichtig sein, wenn wir auf Grund von Einzelinteressen beginnen, raumplanerische Instrumente einzusetzen und etwas zu ermöglichen, damit das Gewerbe an diesem Ort in dieser Form erhalten bleiben kann. Ich bin der Meinung, der Gemeinderat soll sich mit diesen Fragen auseinandersetzen und im Rahmen weiterer Planungsüberlegungen sehen, wie man das Nebeneinander von Wohnen und Gewerbe ermöglichen will. Ob es nun im Rahmen einer Motion erfolgen soll, stelle ich infrage und bin eher der Auffassung, man solle dies als Postulat überweisen und Urs Hess fragen, ob er bereit ist, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Urs Hess: Ich kann dies verneinen. Ein Postulat bringt nichts. Es geht darum, dass man etwas verändern will (Gesetzesänderung) und daher halte ich an einer Motion fest.

Abstimmung:

Der Rat beschliesst mit 18 Ja zu 13 Nein bei 3 Enthaltungen:

://: Die Motion Nr. 2680 wird erheblich erklärt.

Fragestunde

"Bahnhof Pratteln, was kommt auf uns zu?" (Werner Graber, SP)

Aktenhinweis:

- "Bahnhof Pratteln, was kommt auf uns zu?" Werner Graber, SP, vom 18. 10. 2010

GR Felix Knöpfel: Frage 1: *Hat der Gemeinderat Kenntnis von Aus- und Erweiterungsplänen der SBB?* Ja, der Gemeinderat ist anlässlich der Sitzung vom 17. August 2010 von Vertretern der SBB über zwei Ausbauvarianten informiert worden. Variante Ost (Überwurfung im Osten) mit 6-Spur-System (6 Hauptgleise und 2 Nebengleise) und Variante West mit 8-Spur-System (8 Hauptgleise und 1 resp. 2 Nebengleise). Heute sind es 4 Geleise plus 2 Nebengeleise. Frage 2: *Wenn ja, betreffen diese die bewilligten und laufenden Projekte in Bahnhofnähe?* Beide Ausbauvarianten tangieren das Siedlungsgebiet von Pratteln insgesamt massiv. Sowohl das bestehende Strassennetz wie auch geplante Projekte würden praktisch unmöglich. 1. Die Tramverlängerung Richtung Längi würde im Bereich Gallenwegunterführung stark tangiert, weil eine Variante nach unten geht und das Tram viel zu steil abwärts bzw. aufwärts in der mit dem Kanton zusammen geplanten Unterführung fahren müsste. 2. Die Wasen-/Industriestrasse (Coop bis Verzinkerei) als wichtige Sammelstrasse müsste aufgegeben werden, weil man sie nicht mehr betreiben könnte. 3. Die Zehntenstrasse würde bis Höhe Gottesackerstrasse auf 4 - 8m (je nach Projekt) verschmälert. 4. Das vor 2 Jahren eingeweihte Bahnhofsgebäude sowie der sich im Bau befindende Hinterausgang müssten neu gebaut werden. Mit Konsequenzen auf die Güterstrasse und den neuen Bahnhofsplatz. Der Gemeinderat und Bauverwalter kommen nach einem umfassenden internen Variantenvergleich zum Schluss, dass beide Ausbauvarianten aufgrund des heutigen Siedlungsgebietes und den kommunalen Verkehrsanlagen sowie der zukünftigen städtebaulichen Entwicklung im Bereich des Bahnhofes und der Bahnlinie inakzeptabel sind. Diese Stellungnahme ist der SBB mit Brief vom 12. Oktober 2010 mitgeteilt worden. Kopien gingen an den Kanton BL und die Gemeinde MuttENZ. Frage 3: *Was haben die Grundeigentümer entlang der Bahnlinien (Olten/Brugg) in den nächsten 10 bis 20 Jahren zu erwarten?* Mit den beiden Ausbaustudien wären die Grundeigentümer entlang der Bahnlinien massiv betroffen. Einerseits im Bereich der nötigen Weichen und andererseits durch die Verdoppelung der Zugsdurchfahrten. Nach der abweisenden Stellungnahme des Gemeinderates werden weitere Besprechungen mit den SBB notwendig werden. Der Gemeinderat wird selbstverständlich über die weiteren Ausbauabsichten der SBB zeitgerecht orientieren.

Die Frage ist beantwortet.

Geschäfte 2683, 2684, 2687 nicht behandelt.

Der Präsident wünscht, dass an jeder Sitzung des Einwohnerrates ein Hellraumprojektor zur Verfügung steht. Die Sitzung wird um 22.35 Uhr beendet.

Für die Richtigkeit:

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Das Einwohnerratssekretariat

Pratteln, 3. November 2010

Dieter Stohler

Joachim Maass